

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 25 Pf. Post ins Ausland  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1907 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonne  
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.

**Korrespondenz:** Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Freitag, den 23. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

### Sozialistenhaß in Kroatien.

Mitrovica, Mitte Juli.

Zu Weihnachten 1896 hielt die kroatische sozialdemokratische Partei ihren zweiten Parteitag in Agram ab. Sie faßte unter anderem nachstehende zwei Beschlüsse:

1. Eine durchgreifende, das ganze Land umfassende Organisation durchzuführen; 2. in den Wahlkampf für den „Sabor“ (das kroatisch-slavonisch-dalmatinische Parlament) in diesem Jahre einzutreten.

Die Genossen, die aus allen Theilen des Landes auf dem Kongresse vertreten waren, nahmen die Sache mit vollem Ernst auf und in Kräfte begann insbesondere in den Komitaten Syrmien und Bironitza eine emsige Thätigkeit.

Kroatien ist ein industriearmes Land, aber die Bauern, einstweilen wohlhabend, sogar reich, verfallen immer mehr dem Pauperismus und schließen sich nun begeistert der Sozialdemokratie an. Es sind verschiedene Gründe, welche an der geradezu erschreckenden Verarmung schuld tragen; einerseits gewinnt auch hier der Großgrundbesitz an Ausdehnung, er konkurriert die selbstarbeitende Bauernschaft nieder. Dann wird die ganze kroatische Landwirtschaft durch einen für Kroatien sehr ungünstigen finanziellen Ausgleich mit Ungarn sehr geschädigt, was noch durch eine äußerst ungerechte Tarif- und Refraktionspolitik der ungarischen Staatsbahnen, deren Netz auch Kroatien, Slavonien umspannt, sehr gesteigert wird. Die immer mehr um sich greifende Vorprägung ist gleichbedeutend mit dem Ruin der Bauernschaft. Schließlich empfinden die Leute auch noch die ganze Härte der mit der Aushebung der ehemaligen Militärgrenze erfolgten Schließung der Wälder und Sequestrierung der Gemeindegüter. In den Bauern ist die Erinnerung an den ursprünglichen Kommunismus, der sich in diesen Gegenden bis weit in unser Jahrhundert erhalten hat, noch lebendig. Darin ist zum nicht geringen Theil die Erklärung zu suchen für den Enthusiasmus, mit welchem sich die Bauern der Sozialdemokratie anschließen, sobald ihnen deren Programm und die Lehren des modernen Sozialismus bekannt werden.

Zu Anfang dieses Jahres bildeten sich in zahlreichen Orten Kroatiens, insbesondere aber in den beiden bereits erwähnten Komitaten sozialdemokratische Klubs, welche sofort Fühlung mit dem Exekutivkomitee in Agram suchten. Das Parteiblatt „Stoboda“ fand weiteste Verbreitung, ebenso wurden alle erschienenen sozialistischen Broschüren lebhaft verlangt. Die neugegründeten Klubs hielten stündlich Sitzungen und Versammlungen ab und befaßten sich hauptsächlich mit den Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen. Damit aber stachen sie in ein Wespennest. Wahlen bilden für unsere Regierung ein noli me tangere (Müher mich nicht an). Nach der traditionellen Anschauung des Bauers (Staatshäufers) und seiner Organe hat niemand außer ihnen selbst das Recht, in dieselben einzugreifen. Sobald es nun klar wurde, daß die Sozialdemokratie trotz des hohen Zensus (am Lande 30 Gulden = ca. 50 M.) gegründete Aussicht auf mehrere Mandate hat, begann eine wüthende Verfolgung, welche direkt auf die Vernichtung der Sozialdemokratie abzielte.

Zuerst begann der Agramer Staatsanwalt seine Thätigkeit beim Parteiblatt. Seit der 4. Nummer wurde bisher mit einer einzigen Ausnahme jede in diesem Jahre erschienene Nummer konfisziert und der Redakteur arbeitete so gründlich, daß manchmal kaum 100 Zeilen der Beschlagnahme entgingen, so daß die zweite Auflage in jungfräulichem Weis erscheinen mußte. Dann aber verbot man auch die dritte Auflage mit der Begründung, daß sich dieselbe als eine Rezensatze qualifizierte. Zu gleicher Zeit wurde auf den Buchdrucker mit Hochdruck eingewirkt, um ihn zu bewegen, dem Blatte den weiteren Druck zu kündigen, was noch mehreren selbsterlagerten Versuchen gelang, nachdem die dem Buchdrucker auferlegten Geldstrafen eine schier unerschwingliche Höhe erreicht hatten. Nur mit Mühe gelang es, eine andere Druckerei aufzufinden, in welcher nunmehr das Blatt, freilich noch immer mit großen Schwierigkeiten, gedruckt wird.

Darauf traten die politischen Behörden auf den Plan. Der Bauers erließ eine Verordnung, durch welche die Bildung politischer Klubs einfach verboten, die bestehenden aufgelöst und die Funktionäre und Mitglieder derselben in Anklagestand versetzt wurden. Ihrem Chef folgten die untergeordneten Beamten vom Obergespan (Landrath) bis zum letzten Dorfpanuren (Gendarmen). Wer sich in den östlichen Komitaten Sozialdemokrat nannte, wurde ohne weiteres eingesperrt. Die Gefängnisse und Kerker erwiesen sich natürlich bald als zu klein, um die Menge der „Missethäter“ zu fassen. Man griff demgemäß zu anderen Auskunftsmittelein. Hunderte von Bauern wurden unter Polizei-Aufsicht gestellt. In mehreren Bezirken wurde der keine Belagerungszustand proklamirt, alle Gasthäuser mußten um 8 oder 9 Uhr abends geschlossen werden, niemand durfte nach dieser Stunde das Haus verlassen, das Zusammengehen zweier Menschen auf der Straße wurde verboten, „Verdächtige“ wurden in der Nacht ausgehoben und zu vierzig aneinander gefesselt wie Raubmörder in die Gefängnisse geschleppt. Kurz, was eine brutale, vor dem Gauche der Kultur ängstlich bemährte Polizei, die sich allmächtig dünkt, an Polstermitteln anzusetzen vermag, wurde angewendet, um das Land vom „sozialistischen Gift“ zu reinigen. Und da die kurzfristige Gesellschaft auch die Sozialdemokratie für eine Herde Schafe hält, welche unrettbar verloren ist, wenn man ihr den Leithammel nimmt, suchte man schließlich noch die „Führer“ in Agram auf und steckte sie in Mitrovica ins Gefängniß, woselbst man sie vier, fünf Monate und auch länger in Untersuchung schmachten ließ.

Es gab eine Zeit, da die Kerker „unserer schönen Vaterlandes“ über 600 Sozialdemokraten beherbergten. Und da man nicht allen Freiquartier anweisen konnte, wurde in die „verfäulenden“ Bezirke Militär zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verlegt. Die Bauern ließen sich dennoch nicht einschüchtern. Als die Wahlen kamen, beschloßen die bauerlichen Wähler des Bezirkes Schib, ihre Stimmen dem inhaftirten Genossen Ancei zu geben, komme da, was wolle. Am diese Wahl unmöglich zu machen, suchten nun die Behörden den Wählern vorzureden, daß Ancei gestorben sei. Die Bauern telegraphirten nach Agram, erfuhren, daß das eine freche Lüge sei und stimmten für ihren Kandidaten. Allein die Wahlkommission wußte sich zu helfen. Die Wahl ist mündlich und wer für Ancei stimmte, wurde vom Fleck weg in den Kerker abgeführt. Als dann der Gemeindevorstand voll war, zog man vor dem Wahllokal einen Militärkordon und ließ nur solche Wähler ein, von denen man überzeugt war, daß sie in händischer Untertänigkeit den Regierungskandidaten

wählen würden. So wurde die Wahl auch nur eines einzigen Kandidaten unmöglich gemacht. Aber die Sozialdemokratie hat die Geister wachgerüttelt und das Resultat der Wahlen blieb davon nicht unbefruchtet: die Opposition, welche ein Jahrzehnt hindurch nicht über 8 bis 10 Mandate hinaustam, eroberte diesmal 30 Sitze, allerdings nicht ohne daß es in manchen Orten zu Blutvergießen gekommen wäre, so z. B. in Bohnjaci, wo 7 Personen, darunter eine schwangere Frau, erschossen und 20 schwer verwundet wurden.

Diesen Verfolgungen wird nun die Krone aufgesetzt durch verschiedene Prozesse, welche die Gerichtshöfe des Landes beschäftigen und von welchen hauptsächlich zwei von größerem Interesse sind. Vom 18. bis 25. Juni fand in Esfel (Slavonien) die Schlußverhandlung gegen 66 Bauern aus dem Dorfe Marinci statt, welche wegen des Verbrechens des Aufzuges angeklagt waren. Die Staatsanwaltschaft beantragte für 60 Angeklagte 1-5jährigen, für 6 „Mißleitenden“ aber 10-20jährigen Kerker. Der Sachverhalt war in Kürze folgender:

Der Bezirksadministrator Birag wollte in seinem Bezirke als Personifizierung der Sozialdemokratie auftreten. Als er erfuhr, daß ein gewisser Veljin der glänzendste Agitator für den Sozialismus ist, nahm der Mann vier Gendarmen und begab sich nach Marinci, um den Bauern zu verhaften. Dort angekommen, fand er eine große Menschenmenge angesammelt und ergriff auf Befragen, daß ein Grundriß verfertigt werden sollte. Er ließ sich sofort von Veljin nach dessen Wohnung geleiten, um daselbst — ohne richterlichen Befehl — eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Diefelbe ergab nach eigener Aussage des Beamten nichts Belastendes.

Aber — so erzählte der Mann, als Zeuge einvernommen — ich sah von der Verhaftung des Mannes ab, weil mir die Volksmenge zu aufgeregter erschien. (Also nicht deshalb, weil zur Verhaftung absolut kein Grund vorhanden war.) Doch gab ich der zurückbleibenden Gendarmerie den Auftrag, Veljin bei der ersten sich ergebenden Gelegenheit dingfest zu machen. Dies geschah am vierten Tage. Als die Bauern von dieser Verhaftung erfuhren, riefen sie: „Geht unseren Bruder Stevo nicht her, oder sie sollen uns alle einsperren.“ Doch griffen sie nicht thätlich ein und die Gendarmen konnten Veljin ungehindert nach Bukovar bringen und der Bezirksbehörde einliefern. Etwa eine Stunde später besperrten die Bauern ihre Wagen, um nach Bukovar zu fahren und dort die Freilassung ihres Genossen zu erbitten. Unterwegs stellten sich ihnen zwei Gendarmen mit schußbereiten Gewehren entgegen. Die Bauern riefen ihnen zu, sie sollten nicht schießen und fahren weiter. Allein in Bukovar richteten sie nichts aus und mußten zurückkehren. Am nächsten Tage begaben sie sich zum Gemeindevorstand, dem Grafen Khuen-Valassi (Bruder des Banus) um Intervention zu erbitten. Sie fanden ihn nicht im Amte, dafür aber wurden sie von den anwesenden Wachleuten mit angeschlagenen Gewehren bedroht. Nun kehrten sie zurück. — Dies bildete die eigentliche Unterlage der Anklage, nicht etwa gegen den eigenmächtig handelnden, seine Amtsgewalt mißbrauchenden Beamten, sondern gegen die „aufreißerischen“ Bauern, denen noch weiterhin zur Last gelegt wurde, daß sie sich zu gewaltsamem Widerstand gegen die Behörden verabredet, sowie daß sie bei Anbruch des Militärs die Sturmglöde geläutet und Signalküsse abgefeuert hätten.

Der Prozeß erhielt sein Charakteristikum durch die einmüthige Aussage der Bauern, daß sie als Sozialisten jede Gewaltthat verabscheuen und zunächst nichts anderes beabsichtigten, als einen Abgeordneten ihres Vertrauens zu wählen, um auf gefählichen Wege Reformen zu erkämpfen, weiter durch die cynischen Aussagen mehrerer von der Anklage geführter Zeugen, welche sich der planmäßigen Sozialistenhebe rühmten und schließlich durch die prononcirt eileitung seitens des Vorsitzenden, der unter anderem „die Erörterung des Sozialismus selbst in der Idee als unflathast“ bezeichnete.

Die Vertheidigung erzielte wenigstens insofern einen Erfolg, als die Angeklagten nicht wegen Aufzuges, sondern wegen Aufruhrs zu ein- bis sechsmonatlichem Arrest verurtheilt wurden.

Der tendenziöseste Prozeß ist aber soeben in Mitrovica gegen 41 Genossen „wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ im Gange. Angeklagt sind die Mitglieder des Exekutivschusses der sozialdemokratischen Partei: Genossen Ivan Ancei, Vitomir Korac, Stjepan Sapuch und Ivan Szäts aus Agram und 37 Bauern aus den Komitaten Syrmien und Esfel. Das ihnen zur Last gelegte Verbrechen, für welches der Staatsanwalt ein bis fünf Jahre Kerker beantragt, sollen sie begangen haben: durch Gründung von politischen Organisationen, durch Abhaltung von Versammlungen, Verbreitung von Broschüren, durch mündliche Agitation und durch die Korrespondenzen zwischen Exekutivkomitee und den Vertrauensmännern auf dem Lande. Den interessantesten Theil der 63 Seiten umfassenden Anklageschrift bildet die Begründung derselben, aus welcher wir einige Sätze zitieren, um die Auffassung des Staatsanwaltes vom Sozialismus zu illustriren.

In Kroatien-Slavonien, wo die Bevölkerung verhältnismäßig nicht sehr dicht und die Industrie wenig entwickelt ist, besteht kein Bedürfnis für eine Arbeiterbewegung und auch kein Grund für einen wissenschaftlichen Sozialismus. Die Einbeziehung des Bauernstandes in die Arbeiterbewegung ist gewissenlos. Das sozialdemokratische Programm wurde von Spekulant verfaßt, die von fremder Arbeit leben. Die Bauern sind selber Kapitalisten und würden gegen ihr eigenes Interesse handeln, wenn sie der Partei sich anschließen würden. (Und dennoch klagt er sie an, nur weil sie sich der Partei angeschlossen haben. Es giebt in Kroatien zu viel Arbeit und zu wenig Arbeitskräfte. Aus den beigebrachten Ausweisen verschiedener Herrschaften, Unternehmungen und Behörden geht hervor, daß die Arbeiter nicht einmal ihren Lohne (15, 20 bis 30 Kreuzer) verdienen, während von einer Erhöhung keine Rede sein kann. Das Programm der sozialdemokratischen Partei ist auf den Unsturz gerichtet und am meisten verfaßt für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, für die progressive Einkommensteuer und für die Aushebung der aus dem Besitze entspringenden Vorrechte agilit. Die Sozialisten wollen die Lasten auf die bestehenden Klassen überwälzen und das Kapital vernichten; angeblich sorgen sie für das Proletariat. Aber ihr Gedziel ist es, jede Gelegenheit zu benutzen, um das Steuer der Staatsgewalt an sich zu reißen, die Gesellschaftsordnung von Grund auf zu zerstören und an stelle der Ordnung einen verzweifelten Kampf aller gegen alle zu setzen, wie das die Geschichte schon wiederholt bewiesen hat. Das sozialistische

Programm hat vielfache anarchische Beimengsel, wie Kollektivismus, Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne. Während die Gründungen und die Thätigkeit der sozialistischen Klubs unbehindert geblieben, so wäre dadurch eine stete Gefahr für die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung herbeigeführt worden, denn in der kurzen Zeit ihres Bestandes wurden viele Dörfer der Komitate Syrmien und Esfel für die unfruchtbarsten Ideen gewonnen; mit geringen Ausnahmen haben sich die Bauern der einzelnen Dörfer associirt, die Gemeindebehörden und sonstigen Vertretungen mußten schleimigst Sicherheitsvorkehrungen treffen und es wird noch lange Zeit benötigen, um die verführte Bevölkerung „zur Vernunft“ zu bringen... Die Verhandlung hat, wie gesagt, am 15. Juli begonnen. Die Angeklagten halten sich sehr tapfer und lassen sich nicht einschüchtern. Sie bekennen sich zum Sozialismus, dessen Lehren sie bis auf wenige Ausnahmen, sehr richtig verstehen. Sie polemisierten sehr geschickt mit dem Staatsanwalt, der sich als echter Vertreter des Klassenstaats den Angeklagten gegenüber einer Brutalität sondergleichen befleißigt. Die Angeklagten Ancei, Korac, Sapuch, Szäts aus Agram, sowie die Bauern Grunisch und Reschlo witsch und der Schuhmacher Forischlo witsch hielten glänzende Reden zur Widerlegung der Anklage.

### Skandinavische Kongresse.

Aus Stockholm wird uns vom 19. d. M. geschrieben:

In diesen Tagen ist Stockholm der Zentralpunkt für mehrere politische Konferenzen und Kongresse, welche theils sozialdemokratischer Natur sind, theils von demokratischer Seite veranstaltet wurden.

Die Vereine, die zur Erlangung des politischen Wahlrechts überall in Lande seit einiger Zeit begründet wurden, haben ihre Jahreskonferenz abgehalten. Diese Wahlrechtsbewegung ist geleitet von Liberalen und Demokraten, hat aber ihre beste Stütze in den organisirten Arbeitern. Auf dieser Konferenz waren auch etliche unserer Parteigenossen erschienen, welchen es aber nicht gelang, der Konferenz eine energische Wendung zu geben. Hierdurch ist aber auch festgestellt worden, daß die liberale Wahlrechtsbewegung ihre Rolle ausgespielt hat. Die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts ruht jetzt fast ausschließlich in den Händen der Arbeiterorganisationen, der Sozialdemokratie. Wie sehr dies der Fall ist, zeigt die Thatsache, daß die Volksdemonstration in Stockholm, welche während der Konferenz abgehalten wurde, gar nicht zur Ausführung gekommen wäre, hätten nicht die organisirten Arbeiter die Sache in die Hand genommen und die Massen des Volkes auf die Fäße gebracht. Diese Demonstration war trotz der Hitze großartig. Vier in Roth gefeldete Rednertribünen waren errichtet; es sprachen je ein Schwede, ein Däne und ein Norweger von jeder Tribüne. Die Stimmung war eine sehr begeisterte.

Am letzten Sonnabend tagte ferner eine Demokraten-Konferenz von Schweden und Norwegern. Auch hier nahmen etliche Sozialdemokraten theil und auch hier zeigte es sich, daß unsere Genossen am besten wissen, was zur Förderung der Demokratie in den beiden so nahe verwandten Ländern noth thut.

Heute, Montag, um 10 Uhr wurde der skandinavische Arbeiterkongreß eröffnet. Hjalmar Branting leitete die Sitzung ein. Als Vorsitzende fungirten je ein Genosse der drei beltheiligten Länder. Die Berichterstattung gab ein erfreuliches Zeugniß für die rasche Entwicklung der Sozialdemokratie in den drei nordischen Staaten. Die dänische Bewegung zählt jetzt 63 000 gewerkschaftlich und 25 000 politisch organisirte Arbeiter. Die Gewerkschaftsbewegung umfaßt 30 Verbände und 802 Lokalorganisationen. In Kopenhagen giebt es außerdem 53 Lokalorganisationen, die keinem Verband angehören, weil sie nur solche Gewerbe repräsentiren, die nur in Kopenhagen zu finden sind. Die Partei besitzt fünf Tageszeitungen, von welchen „Sozialdemokraten“ in Kopenhagen mit 83 000 Abonnenten die größte ist. Die verschiedenen Gewerkschaften haben spezielle Organe und in Kopenhagen wird eine Wochenzeitung herausgegeben, als Organ der gesammten Gewerkschaftsbewegung. Im Reichstag sitzen 11 Sozialdemokraten und in verschiedenen Gemeinden hat die Partei Vertretungen, in einer die Majorität.

War der Bericht der Dänen nicht besonders überraschend, weil es schon bekannt war, daß die Organisationen in diesem Lande seit etlichen Jahren hoch entwickelt sind, so erregte der Bericht von Schweden um so mehr Aufsehen.

Die schwedische Arbeiterbewegung datirt erst aus den Jahren 1895 und 96 und war, wie die Arbeiterbewegung in allen Ländern, stets Gegenstand der politischen Verfolgungen. Erst im Jahre 1899 konnten die hier und da entstandenen Organisationen zu einer Partei zusammengeschlossen werden. Auf dem Kongreß 1894 in Göteborg wurde die Mitgliedschaft der Partei auf 7000 beziffert. Während der drei letzten Jahre ist diese Zahl gewachsen bis zu 21 261 zahlenden Mitgliedern. Um einen Begriff davon zu geben, wie schnell die Partei im Wachsen begriffen ist, muß erwähnt werden, daß der Zuwachs seit Schluß des Jahres 1896 sich auf 6000 beläuft.

Die norwegische Arbeiterpartei kann in diesem Jahre ihr zehnjähriges Jubiläum feiern. Und trotz der vielen Schwierigkeiten, die das Land bietet, rechnet die Partei 12 000 Mitglieder als ihren festen Bestand.

Nach der Berichterstattung und nachdem der Reichstags-Abgeordnete Knudsen aus Kopenhagen einen interessanten Vortrag über die Ziele der modernen Arbeiterbewegung gehalten hatte, wurden verschiedene Ausschüsse für die Umarbeitung der einzelnen Programmpunkte gewählt. Das Vollmischkomitee theilte mit, daß 174 Delegirte zugegen waren, nämlich 51 Dänen, 101 Schweden und 22 Norweger. Alle Mandate wurden anerkannt.

Die Sitzung wurde um 8 Uhr nachmittags geschlossen. Morgen, Dienstag Vormittag, arbeiten die Ausschüsse für sich.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 22. Juli.

Das Herrenhaus hat heute die nach der Verfassung gebotene zweite Abstimmung über die Novelle zum Vereinsgesetz vorgenommen. Bevor das Haus sich zu

dieser Angelegenheit wandte, theilte der Präsident mit, daß der Oberstaatsanwalt in Naumburg die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung unseres Parteiorgans, der „Magdeburger Volksstimme“ wegen Beleidigung des Herrenhauses nachgesucht habe. Die Beleidigung wird in dem Artikel „Junge Leinwandungen — dumme Jungen“ gefunden, der eine Kritik über bekannten Herrenhaus-Reden enthält. Der Antrag des Staatsanwalts wurde der Geschäfts-Kommission übergeben. Ertheilt diese die nachgesuchte Genehmigung, so liefert sie damit den Beweis, daß sie zwei Mitglieder des Herrenhauses das Recht zugesetzt, ganze Schichten der Bevölkerung mit wenig schmeichelhaften Namen zu belegen, daß sie aber eine freimüthige Kritik ihrer Reden nicht zu extrahieren im Stande ist. Andere Parlamente pflegten ähnliche Anträge bisher stets abzulehnen.

Unnötig kam man zur Abstimmung über das Vereinsgesetz; eine nochmalige Diskussion ist in solchem Falle geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Die Abstimmung war auf Antrag des Herrn v. Mantuffel eine namentliche. Für die Vorlage stimmten 112, dagegen 19 Mitglieder. Bei der ersten Abstimmung vor drei Wochen belief sich die Zahl der Anhänger des Gesetzes auf 128, die der Gegner auf 22, das Hans war heute also noch schwächer besetzt, als vor der Vertagung. Namentlich fiel es auf, daß auch heute wieder zahlreiche Vertreter der großen Städte und von den Landesuniversitäten, also gerade diejenigen, die die „äußerste Linke“ dieses Hauses bilden, durch Abwesenheit glänzten. Wenn die Herren auch gegenüber der geschlossenen Junkerpartei an dem Resultat nichts geändert hätten, so wäre es doch wirklich nicht zu viel verlangt, wenn sie bei einer so wichtigen Frage ihre Pflichten als Gesetzgeber erfüllt und durch ihr Votum darüber Klarheit geschaffen hätten, ob sie bereit sind, im Bunde mit den Junkern die Rechte des Volkes zu schmälern. Namentlich hätte man nach den hochtönen Worten der nationalliberalen Presse erwarten können, daß gerade die Oberbürgermeister, die doch in ihrer großen Mehrheit der nationalliberalen Partei zuzurechnen sind, ihren Freunden im anderen Hause mit gutem Beispiele vorzugehen würden.

Von den Vertretern der großen Städte stimmten diesmal gegen das Gesetz die Oberbürgermeister Becker-Köln, Dertel-Liegnitz, Dr. Schmidt-Erfurt, Schustehrus-Nordhausen, Staudt-Halle, Tramm-Hannover, Wegener-Barmen, Jelle-Berlin, Dr. Adolph-Frankfurt a. O., Bender-Breslau, Bleck-Minden, Böhmer-Halberstadt, Büchtemann-Görlitz, Fuß-Kiel, Dr. Kohli-Thorn und Hoffmann-Königsberg, außerdem der Vertreter der Berliner Universität Prof. Hirsch und die beiden Polen v. Brzcki und v. Roscielski.

Von denjenigen Mitgliedern, die bei der ersten Abstimmung gegen das Gesetz gestimmt haben, schieden heute die Oberbürgermeister Bräse-Bromberg, Bunne-Man-Bielefeld, Hammer-Brandenburg, Jäger-Elberfeld, Martin-Slogau, Dr. Möllmann-Dnabrick, Schneider-Magdeburg, Struckmann-Hildesheim und die Polen Graf Kwiecki, Fürst von Sulkowski und Graf Wiczynski. Tagungen haben von den bei der ersten Abstimmung fehlenden Mitgliedern heute gegen die Vorlage gestimmt die Oberbürgermeister Dertel, Schustehrus, Tramm, Wegener, Jelle, Fuß und die Polen v. Brzcki und v. Roscielski.

Für die Vorlage stimmten, abgesehen von den Junkern, u. a. die Oberbürgermeister Giese-Altona, v. Jbell-Wiesbaden, Zweigert-Essen, die Professoren Dambach-Berlin, Dornburg-Berlin, Förster-Breslau, der Reichsbank-Präsident Dr. Koch, der Großindustrielle Krupp und der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Persius. Die Vorlage geht nunmehr nochmals an das Abgeordnetenhaus zurück, welches sich am Sonnabend endgültig damit befassen wird. In parlamentarischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß der neue Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. v. Miquel, die Absicht hat, durch eine hochpolitische Rede seine früheren Freunde von der nationalliberalen Partei umzustimmen. Ob es ihm gelingt, bleibt abzuwarten.

In letzter Stunde mahnt die „Nordd. Allg. Ztg.“ nochmals das Abgeordnetenhaus, doch ja das Knebelgesetz fertig zu stellen. Man solle doch, so sagt sie, sich an die Nationalliberalen wenden, und eine löbliche Raterei heucheln, ebenso „entgegenkommend“ sein, wie die Regierung und wie das Herrenhaus sei. Die Regierung sei doch auch nicht ganz zufrieden mit dem Gesetz, sie hätte es eigentlich anders haben wollen und ebenso das Herrenhaus. Das Abgeordnetenhaus sollte nun die dargebotene Hand annehmen und nicht der speziellen Parteidoktrin zu Liebe jene höheren Ziele aufgeben. Die „höheren Ziele“ sind die Unterdrückung der Sozialdemokratie, die völlige Vernichtung des staatsbürgerlichen Grundrechts der freien Vereinigung für Millionen preussischer und deutscher Männer. Weiter fordert das offizielle Organ das Abgeordnetenhaus auf, „streng die Linke des Sachlichen zu behaupten und das Urtheil freizuhalten von agitatorischen Einflüssen, deren Macht sich selber in der letzten Zeit häufig in bedauerlicher Weise bethätigt hat“.

Agitatorische Einflüsse wie die Kundgebungen der rheinischen und westfälischen Industriellen für die Herrenhausbeschlüsse, hatten den lebhaftesten Beifall der „Nordd. Allg. Ztg.“. Wenn aber gegen diese Beschlüsse „agitiert“ wird, so gefällt es dem edlen Organ um so weniger, je größer die Zahl derer ist, die diese Agitation betreiben und sich von ihr treiben lassen. Die „bedauerlichen agitatorischen Einflüsse“, von denen das Blatt hochmüthig spricht, das ist die Meinung des Volkes, welches sich vor jeder Unterdrückungsherrschaft, die schon heute in deutschen Lande mannigfach herrscht und noch viel rücksichtsloser durchgeführt werden soll, schonstens bedauert. Aber was kümmert den Herren Bureaucraten und Junkern die Meinung des Volkes! Sie wollen die Herrschaft führen und sie wollen sie so führen, daß selbst die Erfahrenen des Dreiklassen-Wahlsystems, die den Zusammenhang mit der Volksstimme noch nicht völlig verloren haben, an ihren Plänen Mitschuldige zu werden zurücksehen.

Der Bund der Landwirthe hat noch mit keiner seiner Aktionen so vollkommen und so schnell Schiffbruch gelitten, wie mit seiner Eingabe bezüglich des Einfuhrverbots für Getreide. Liegt man heute die „Deutsche Tageszeitung“, so muß man fast Mitgefühl haben. Muß sich das Blatt doch damit trösten, daß ihm ein Militär-Invalide schreibt, daß er den Antrag durchaus vertrete, obwohl er nicht ein Galmanen besitze und nur Broteser sei. Das ist ja ungeheuer rührend, aber von wenig Bedeutung.

so lange sich über die völkerrechtliche und nationalökonomische Autorität dieses Militär-Invaliden nichts Genantes in Erfahrung bringen läßt. Als politisch bedeutamer wird wohl selbst in den Kreisen des Bundes der Landwirthe die folgende offizielle Kundgebung der Regierung im „Deutschen Reichsanzeiger und Königlich preussischen Staatsanzeiger“ angesehen werden. Das Blatt schreibt nämlich:

„Das zeitweilige Getreide-Einfuhrverbot, dessen Erlaß in der an den Reichskanzler gerichteten Eingabe des Bundes der Landwirthe beantragt wird, würde mit den bestehenden Handelsverträgen nicht vereinbar sein, und es wird dem Antrage schon deshalb nicht stattgegeben werden können.“

Das ist nicht bloß kurz, sondern auch unzweideutig. Das heißt für den Bund jede Aussicht auf Verwirklichung ihres neuesten Volksnahrungsmittelplanes aufgeben, ja er kann aus den wenigen Zeilen den wohlmeinenden Rath herauslesen, daß er auf eine parlamentarische Besprechung seiner Eingabe lieber verzichten sollte, da sonst die Wähler auch die anderen Gründe zu hören bekommen könnten, die gegen seinen Antrag sprechen.

Herr v. Plöb wird rufen, daß Einfuhrverbot ist todt, es lebe das neue Agitationsmittel! Und in der schweren, heißen Sommerzeit wird der arme Dr. Ruhland am Schreibtische sitzen bleiben und brüten müssen, bis er etwas findet, was die Welt in Erstannen setzt.

Wir glauben zwar, daß es dem Bunde der Landwirthe nicht mehr vor den Wahlen gelingen wird, den üblen Eindruck zu verwischen, den das völlige Fiasco seines Getreide-Einfuhrverbotes im ganzen Lande erregt hat.

Es kann gar nicht genug gearbeielt werden! Das ist die Parole der Herren Schlotbarone. Kein Wort hat diese Herren seit langem mehr gesagt, als das Wort „Schutz für die Arbeitswilligen“. Gewiß, so schalt es in der Unternehmerr Presse, die bisherige Gesetzgebung genügt nicht. Jederlei Beeinflussung derer, die bereit sind zur Arbeit, durch diejenigen, welche aus irgend welchen Gründen glauben, von einer bestimmten Arbeit Abstand nehmen zu sollen, muß streng bestraft werden. Man hofft, daß die Regierung dem Reichstage in der nächsten Session verschärfte Bestimmungen in dieser Richtung vorlegen werde. Aber weiter, die Unternehmer haben noch andere Auslegungen für den „Schutz der Arbeitswilligen“. Die „Kölnische Zeitung“, das Unternehmerrblatt par excellence, leitet sich einen Leitartikel, worin sie „ein anderes Gebiet, auf welchem dieses Ziel des Vieselfelder Kaiserprogramms seiner Lösung harzt und dringend bedarf“, bezeichnet. Sie hat die famose Entdeckung gemacht, daß die vielen Festlichkeiten, „zumal bei uns am Rhein, dem Arbeitswilligen nur zu häufig eine unfreiwillige Mühe auferlegen und ihn in seinen Einnahmen, die er gern durch seiner Gläubiger Kraft zum besten seiner Familie vermehren und nicht geschädigt sehen möchte, aus empfindlichen Schädigen“. Besonders richtet sich der Zorn der „Köln. Ztg.“ gegen die Kirchweihen, wo die Arbeiter ihr Geld verthun und nicht arbeiten können.

Gewiß, es ist die Ket des Kapitalismus, alle freie Zeit des Arbeiters der Mehrwerthschöpfung zu unterstellen. Sonnigruhe ist den Unternehmern ein Dorn im Auge; frühzeitiger Schluss der Brauarbeit am Sonnabend ist ein Produkt der „Berlepsch'schen Kera, die hofentlich für immer hinter uns liegt“, wie die Kölnerin wörtlich sagt. Nun gar die Kirchweihen mit ihren Lustbarkeiten und der Förderung der „Verschwendungssucht!“ Der arme unglückliche Arbeiter muß sich alle solche Behinderungen seines Arbeitstages gefallen lassen! Er wird um die besseren Lohnmaßnahmen gebracht und seine Familie kann nicht gedeihen, weil er nicht genug arbeiten darf!

Und die „Köln. Ztg.“ weiß selber noch zu erzählen, es gebe „eine große Menge von Arbeitern“, die an solchen Kirchweihen viel lieber arbeiten möchte, halt vor die verschlossene Thür der Fabrik zu kommen. Eine „große Menge“ derartiger Arbeiter wird es wohl kaum geben, auch „bei uns am Rhein“ nicht, wo es in manchen Gegenden mit der sozialpolitischen Erkenntniß bei den Arbeitern noch recht mäßig bestellt ist. Denn gäbe es eine so „große Menge“ arbeitswilliger Arbeiter, so hätten sie sich schon irgend einmal ihren selbstmännlichen Ausdruck verliehen, wobei sie allerdings sicherlich vor eine andere Schmelde gegangen wären als die der „Köln. Ztg.“

Die „Kölnische Zeitung“ mag ruhig sagen, daß die Unternehmer die Verminderung der freien Tage des Arbeiters wünschen. Aber solche Forderungen im Namen und zum Schutze der Arbeiter zu erheben, freist doch aus lächerliche. Der Arbeiter hat nun doch schon längst begriffen, daß eine Zunahme seiner Arbeitszeit noch keineswegs eine dauernde Zunahme seines Arbeitslohnes sichert. Tausend Beispiele lehren ihm eher das Gegenstheil. Und ebenso weiß der Arbeiter, daß für das Wohlbedinden der Arbeiterfamilie, für die Ausgestaltung des häuslichen Lebens, für die Erziehung der Kinder eine Vermehrung der freien Tage nöthig wäre, nicht aber eine Verminderung.

Die größere Zahl der Feiertage, welche in katholischen Ländern sich bis in diesen Tagen des Kapitalismus erhalten haben, bilden ein willkommener Rest der Arbeitsweise des Mittelalters, wo die Lasttage des Arbeiters weit zahlreicher waren.

Daß die Fabrikanten hiermit anräumen möchten, begreift man. Daß sie aber auch dazu die Parole „Schutz den Arbeitswilligen“ ins Feld führen, ist eitel Fummerei, die von anscheinlicher Vergabung in derartigen Dingen zeugt.

Dschevad-Pascha ist mit einem höheren Zivilbeamten und zwei Generalstabs-Offizieren an Bord des Schiffes „Kiauit“ nach Kreta abgereist — so meldet ein Wolff'sches Telegramm. Wir hatten früher mitgeteilt, daß Dschevad-Pascha, der vor Jahren schon einmal eine Mission nach Kreta hatte und dort zur Beruhigung der Insel viel beigetragen hatte, vom Sultan zum Gouverneur der Insel ernannt worden sei; er sei „der einzige, der die Insel retten könne“, soll der Sultan gesagt haben. Die Mächte widersprachen jedoch der Abfahrt Dschevad-Pascha's und dieselbe unterblieb. Aber ein Schiff wurde stets bereit gehalten zum sofortigen Aufbruch.

Wenn die Nachricht von der Einschiffung Dschevad-Pascha's sich bestätigt, so ist kaum zu bezweifeln, daß in diesem Bezirke des Sultans eine scharfe Herausforderung der Mächte liegt. Denn ist durchaus nicht anzunehmen, daß die Völkstäter ihre Zustimmung zu diesem Schritt gegeben haben könnten. Der Veruch Dschevad-Pascha's, das Kommando auf Kreta zu ergreifen, würde alldann die Lage der Dinge jedenfalls von neuem sehr verschärfen, denn derselbe würde die Bedeutung in sich schließen, daß der Sultan nicht gewillt ist, die Autonomie für Kreta zu bewilligen und die Insel unter einen von den Mächten ausgewählten Gouverneur zu stellen.

Andererseits wird dem „Times“ aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan sich zur Annahme der von den Mächten festgestellten Grenze endgültig bereit erklärt habe.

Das sind merkwürdige widerspruchsvolle Nachrichten. Man muß weitere Mittheilungen erwarten, um Klar zu sehen.

#### Deutsches Reich.

Freiherr v. Marschall, der einer parlamentarischen Medung zufolge sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, soll — derselben Quelle zufolge — im Reichsdienst verbleiben und im Oktober einen Votskasterposten in Rom oder in Konstantinopel übernehmen. Ebenso werde Freiherr v. Notenhahn an die Spitze einer Votskasterposten. Sobald Herr v. Bilow die Geschäfte des Auswärtigen Amtes übernommen hat, werde Unterstaatssekretär v. Notenhahn einen

längeren Urlaub antreten, um nach dessen Ablauf einen Votskasterposten zu übernehmen.

Diese Meldungen floßen bei dem größten Theil der Presse auf Zweifel.

„Revolte und Blutvergießen.“ Die „Deutsche Industrie-Zeitung“ leitet sich, indem sie für das preussische Ausnahme-gesetz eintritt, folgenden erbaulichen Erguß: „Kommt dann noch in dem nächsten Jahre die Aufregung der Wahlen hinzu, so ist zu befürchten, daß aus der Saat eine traurige Ernte reist, eine Störung der friedlichen Arbeit der Nation, deren erschreckende, theilweise mit Revolten und Blutvergießen verbundene Vorbilder jetzt bereits in Belgien und England anstehen.“

Wir wissen nicht recht, wo in Belgien und England so schreckliche Dinge passirt wären, wie die „Deutsche Industrie-Zeitung“ sie zur höheren Ehre der Iox Rede für Deutschland prophezeit.

Woher nur Herr Steinmann-Bucher, der Redakteur der „Deutschen Industrie-Zeitung“, der ein Kind der freien Schweiz ist, eine so blutrünstige Phantasie hat?

Von der Vereinsgesetz-Novelle ist heute in den Blättern wenig mehr die Rede. Die Annahme durch das Herrenhaus war selbstverständlich und niemand spricht viel darüber. Alles erwartet die letzte Abstimmung im Abgeordnetenhaus.

Nur folgende Präzisionsangaben sind zu verzeichnen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, bekanntlich das einzige größere nationalliberale Blatt, das für die Iox Rede eintritt, schreibt:

„In den Blättern wird vielfach versucht, die Bedeutung der Erklärung der Industriellen des Regierungsbezirks Köln mit dem Hinweis abzuschwächen, daß dies doch die Minderheit sei. Es sei deshalb ausdrücklich betont, daß die mitgetheilten Unterschriften in wenigen Tagen auf eine eilige Umfrage zusammenkommen; inzwischen haben zahlreiche weitere Firmen, wie die Sieg-Rheinische Hütten-Attengesellschaft, Friedrich Wilhelmshütte, Steingutfabrik Mehlum bei Bonn ihren Beitritt erklärt. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß erfahrungsgemäß immer nur ein Bruchtheil der Bevölkerung oder der betheiligten Klassen öffentlich auftritt und vor allem in Fällen wie hier, wo man unter dem Druck der Noth dazu übergehen muß, seine eigene Partei, welche auf falsche Wege gerathen ist, zu bekämpfen. Sicher ist, daß die gewaltige Mehrheit der Industrie nicht nur im Regierungsbezirk Köln, sondern in ganz Rheinland und Westfalen für das Vereinsgesetz ist.“

Die „National-Zeitung“ dagegen bemerkt:

„Betreffs der von uns erwähnten Kundgebung einer Anzahl Industrieller aus dem Regierungsbezirk Köln zu Gunsten der Vereinsgesetz-Novelle konstatiert die „Köln. Volksztg.“ noch, daß sie aus Wahlkreisen laut wird, die sich im unbeschränkten und unbeschränkten Besitze der Centrumspartei befinden; es sind dies Köln, Mülheim a. W., Siegburg, GutsMuth-Bergheim. Danach ist die Kundgebung allerdings erst recht nicht dazu angehen, nationalliberale Abgeordnete zu der von Herrn v. Stumm empfohlenen Stimmenthaltung zu veranlassen.“

Herner lesen wir in der „Germania“:

„Als unsicherer Kantontist in der nationalliberalen Partei wird in Tilsit der Landtagsabgeordnete für Tilsit Niederung, von Sanden, angesehen. Er fehlte bei der ersten entscheidenden Abstimmung über das neue Vereinsgesetz am 18. Mai dieses Jahres, und bei der zweiten Abstimmung am 22. Juni sog. er wieder vor, lieber in Tilsit zu bleiben, als in Berlin im Abgeordnetenhaus zu sein. v. Sanden hat also bei einer der wichtigsten politischen Fragen, welche seit Jahren das öffentliche Interesse in unserem Vaterlande beschäftigten, seinen Wahlkreis nicht vertreten und sich durch sein Fehlen bei der ersten entscheidenden Abstimmung in einem zwar nur passiven, aber trotzdem nicht weniger deutlichen Widerspruch mit der Haltung derjenigen Fraktion — der Nationalliberalen — gebracht, zu der er merkwürdigerweise noch immer gehört, obgleich er sich auch bereits einmal im vorigen Jahre in einer wichtigen prinzipiellen Frage — bei dem sogenannten Afforenparagrafen — von seiner Partei trennte und mit den reaktionären Parteien stimmte.“

Wie steht's mit Herrn Paasche? Aus Metzingen wird der „Vossischen Ztg.“ berichtet: Der Abgeordnete Paasche wird von den hiesigen Nationalliberalen gedrängt, im Abgeordnetenhaus für die Herrenhausbeschlüsse zur Vereinsgesetz-Novelle zu stimmen und ein Bündniß mit den Konservativen und dem Bund der Landwirthe zu empfehlen.

Vom Börsenkrieg. Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben sich in ihrer heutigen Sitzung dahin schlüssig gemacht, das Gesuchen des Handelsministers, ihm Sachverständige zur Feststellung von maßgebenden Getreidequotierungen vorzuschlagen, damit zu beantworten, daß sie zwölf Interessenten des Getreidehandels als Sachverständige nennen, mit denen sich das Ministerium alldann direkt in Verbindung setzen kann.

Danach scheint es, als ob die „tapferen“ Briesener den Krieg mit der Regierung schon satt haben und klein beigeben wollen. Oder wollen sie ihre 12 nur entsenden, um nicht unhöflich zu sein?

Früchte der Germanisirungs-Politik. Aus Kiel wird und geschrieben: Die Versuche, die dänische Sprache und die Sympathie für Dänemark gewaltsam aus Nordfriesland zu vertreiben, haben es dahin gebracht, daß der dänische Sprachverein, der letzten Sonntag in Aperrade eine Generalversammlung abhielt, nach dem dort erstatteten Berichte im letzten Jahre wieder um 129 Mitglieder zugenommen hat. Neue Mitteilungen des Vereins wurden in Akt-Oadersleben, Harup, Kastup, Hellewatt, Spandt, Holabüll und Wan erteilt. Die im Vergleich zum vorigen Jahre größere Einnahme betrug 5812 M., die Ausgabe 5478 M. So sehen wir auch hier wieder bei den Dänen, daß die Regierung durch ihre Politik, namentlich auf sprachlichem Gebiete, das Gegentheil von dem, was sie erreichen will, in Wirklichkeit erreicht.

Eine Disziplinaruntersuchung ist auf Anordnung der Regierung gegen den Hauptlehrer Sell in Mieltschin eingeleitet worden, weil er bei dem letzten Walfest die polnischen Handwerkervereine am 4. Juli d. J. bei Ausbringung des Kaiserhochs mit bedecktem Haupte sitzen gelassen war. Auch der mitanwesende katholische Geistliche war bei dieser Gelegenheit sitzen geblieben.

Ehrlichbezeugungen ergoingt man nicht, das Ansehen der Monarchie wird dadurch sicherlich nicht gefördert.

Begnadigung. Aus Bennep wird gemeldet: Die wegen Mißhandlung über die Schulleute Wirths und Evernis verhängte Gefängnisstrafe von zwei Monaten ist, laut dem Kreisblatt, durch einen Gnaden-Akt des Kaisers in eine Geldstrafe von je 60 M. und die Kosten umgewandelt worden.

Herr Schußstedt hat den Begnadigungskaff kontrahirt und wird wohl auch Gelegenheit finden, sich über die Gründe dieser Begnadigung zu äußern.

Zur Handhabung des preussischen Vereinsrechtes. Der von Pastor Köhlsche gestellte Staatsantrag wegen Mißbrauch der Amtsgewalt gegen den Polizeibeamten, der eins von jenem einberufenen Versammlung in Geldingen aufgeißelt hatte, als Köhlsche in seiner Rede die Anarchisten „baumlose Schwärmer“ nannte, ist von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Vielleicht schenkt jemand dem eifrigen Polizeibeamten ein preussisches Vereinsgesetz.

Selbstmord eines Soldaten. Der Husar Rütze der 1. Eskadron des in Wandsee garnisonirenden Husaren-Regiments, der bei dem Lieutenant Freiherrn v. Stumm als Bursche in Dienst stand, machte seinem Leben selbst ein Ende. Er brachte sich mit dem Revolver seines Herrn einen Schuß in den Mund bei und mußte schwer verletzt nach dem städtischen Krankenhaus transportirt werden, wo er nach wenigen Minuten verstarb. Das Motiv der That ist nicht bekannt.

Der arme Professor Reinhold wird jetzt von den Gieß- und Maschinenbauvereinen als ihr Mann in Anspruch genommen.

Die Uebereinstimmung mit den Ansichten des Dr. Max Hirsch bescheinigt erhalten zu haben, das ist wirklich das Traurigste, was dem armen Amtsgerichtsrath noch passieren konnte.

Die Nothwendigkeit einer Nachwahl in Fürth-Erklangen wird von der freimüthigen Presse besprochen. Der Abg. Weiss soll durch seine Ernennung zum Stadt-Schulinspektor von Nürnberg trotz der Beschäftigung derselben durch die bayerische Regierung sein Mandat nicht verlieren haben.

Vielleicht prüft doch noch die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages diese Auslegung des Gesetzes.

Aus den deutschen Schutzgebieten in der Südsee wird der „Germania“ geschrieben: Vor mehreren Jahren machte Herr Dr. Ehlers eine Expedition in Bismarckland. Dann hiess es, er sei ertrunken. Im Wasser mag er allerdings sein Grab gefunden haben, aber nur erst, nachdem ihn die Kugel seiner eigenen Deute getroffen. Ein Bultmann (Polizeiführer) erschoss Dr. Ehlers, und ein anderer den Polizeioberoffizier Dr. Ehlers hatte sich bekanntlich zu wenig verproviantirt und ging trotzdem nicht zurück. Die Deute wurden dadurch gereizt, und von Hunger und Verzweiflung getrieben machten sie die beiden Europäer nieder. Der Mörder des Polizeioberoffiziers ist bereits entlassen und in seiner Heimath Wula. Der andere hätte in kurzer Zeit seinen kontraktlichen Termin abgegeben. Jetzt hat einer seiner Gefährten aus irgend einem Grunde (vielleicht aus Rache wegen einer Beleidigung) die Sache angezeigt und ist der Mörder bereits zum Tode verurtheilt.

**Oesterreich.**

Wien, 22. Juli. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 15. Juni betreffend die Eröffnung von Nachtrags-Krediten zum Staatsvoranschlage und zum Investitions-Präliminare für das Jahr 1897.

**Ungarn.**

Budapest, 22. Juli. Die heutige Debatte im Abgeordnetenhaus liegt ganz unter dem Zeichen der Obstruktion. Die äußerste Linke wollte heute bei Beginn der Sitzung bereits namentliche Abstimmung in einer untergeordneten Angelegenheit fordern, fand jedoch später davon ab. Das Haus zeigt heute den Rednern über den Antrag des Ministerpräsidenten betr. die Verlängerung der Sitzungen keinerlei Interesse mehr.

Der Handelsminister hat in einem Rundschreiben die Gutachten der Handelskammern über eine etwaige gesetzgeberische Regelung der Frage der Kartelle sowie der Befugnisse des Staates gegenüber den Kartellen eingefordert.

**Frankreich.**

Paris, 22. Juli. Der radikale Stadtverordnete von Clermont Herrand demissionirte, weil der Präsiert ihn zwingen wollte, ihm eine Abschrift der Rede einzuliefern, welche er am Sonntag bei der Erhebung des neuen Stadthauses halten wollte.

Paris, 22. Juli. Der „Figaro“ berichtet, Magnin werde infolge des Senatsbeschlusses betreffend die Erneuerung der Privilegien der Bank von Frankreich auf sein Amt als Gouverneur der Bank verzichtet, um sich ausschließlich der Erfüllung seines Mandats als Senator zu widmen. Sein Nachfolger werde Labeyrie, der Gouverneur des „Crédit foncier“, sein.

**Italien.**

Über den Friedensschluss mit Aethiopien verläutelt sich Offiziell: Menelik schlägt — unter endgiltiger Verpflichtung feinerseits — vor, durch Vertrag eine bessere Grenze als die von dem Bevollmächtigten Italiens in den Verhandlungen im Januar 1891 angenommene festzusetzen. Inzwischen soll der territoriale status quo unverändert bestehen bleiben unter der Garantie absoluter Sicherheit und Ruhe von Seiten Tigres. Der Abschluss eines Freundschafts- und Handelsvertrages ist verabredet worden mit der Befugnis für Italien, während eine diplomatische Vertretung an Meneliks Hofe zu haben. Die italienischen Postämter in Benadir mit der Station Zogh sollen gegen jeden Raubzug gesichert sein. In betref der Kosten für die Unterhaltung und die Heimsendung der italienischen Gefangenen ist nichts Neues vereinbart worden, sondern es bleibt der betreffende Teil der Konvention vom 28. Oktober 1896 in Kraft, welcher die Festsetzung derselben der Disposition der italienischen Regierung überlässt.

**Spanien.**

Madrid, 21. Juli. Die Anklage gegen die Stadtrathe wegen Wahlschälungen ist zurückgezogen.

Saragossa, 21. Juli. Bei dem Tumult während des Banketts zu Ehren Morets wurden drei Personen verwundet.

**Afrika.**

Schibul, 22. Juli. Antilichen Mittheilungen zufolge soll Menelik einer französischen Gesellschaft auf 60 Jahre das alleinige Recht zum Bau von Eisenbahnen in Aethiopien übertragen haben.

**Amerika.**

Washington, 21. Juli. Der Senat beendete die Befragung des Berichtes über die Tarif-Bill. Die Abstimmung über dieselbe wird voranschlägig am Freitag stattfinden.

**Zur Bergarbeiter-Bewegung im Revier Mensehewik-Altendorf.**

Man schreibt uns: Es war bereits aus früheren Berichten bekannt, das es auch unter den Bergleuten des hiesigen Bezirks sich regte zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen, jedoch erwartete man, das die Bergarbeiter sich darauf beschränken würden, Forderungen auf den Gruben zu stellen, nicht aber es auf einen Ausstand ankommen lassen würden. Dieser Ausstand ist aber nun doch ausgebrochen. Die überaus traurige Lage, in der sich die Arbeiter dieses Bezirkes befinden, ist Schuld an diesem Ausstand. Arbeitslöhne von 2,20 M. bis 2,70 M. sind die Verdienste der großen Mehrzahl der Bergleute, ein Teil verdient bis etwa 3,60 M., und nur sehr wenigen Bergarbeitern gelingt es, bei angestrengtester Arbeit und unter sehr günstigen Bedingungen hin und wieder auf 4 M. zu kommen. Außerdem hat es die Arbeiter verbittert, das sie sehr oft zu Ueberstundenarbeit herangezogen wurden. Dem konnten sie sich leider nicht entziehen, denn nach den Arbeitsordnungen heißt es: „Bei dringlichen Arbeiten, insbesondere wenn dieselben durch Mangel an Arbeitern oder durch Nichtstellung von Eisenbahnwagen hervorgerufen werden, oder wenn außerordentliche Umstände eine zeitweilige Erhöhung der Arbeitsleistungen bedingen, fernher bei Arbeiten, welche ihrer Natur nach an eine gewisse Jahreszeit gebunden sind, sowie bei Unglücksfällen oder wenn sonst Gefahr im Verzuge ist, müssen die Arbeiter, sofern nicht polizeiliche oder gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, nach Ermessen der Werks-Verwaltung auch über die festgesetzte Schichtzeit hinaus und zwar bis zur Dauer einer halben Schicht und auch an Sonn- und Feiertagen arbeiten.“ Zudem kommen noch andere Uebelstände und verschiedentlich auch die Behandlung seitens Unterbeamten, so das das Maß voll wurde.

Die Arbeiter traten gemeinsam zusammen und stellten folgende Forderungen: 1. Einführung der 10hündigen Schicht für alle in der Förderung beschäftigten Personen, dergestalt, das morgen resp. abends 6 Uhr angefahren und abends resp. morgens 1/2 6 Uhr ausgefahren ist. An Sonnabenden erfolgt die Ausfahrt eine Stunde früher. 2. Befestigung der Löhne für Arbeiter 4 M., für Wagenschreiber 3,50 M. Schichtlöhne sollen betragen 3,50 M. resp. 3,20 M. 3. Aufbesserung der Löhne für die über Tage beschäftigten Arbeiter nicht unter 25 pCt.

4. Abschaffung der getrennten Solinge. Beseitigung aller Ueberstunden; wo solche stattdessen müssen, doppelten Lohnzuschlag für dieselben. 5. Schaffung besserer Wetterverhältnisse, sowie Vorkehrungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter. 6. Zahlung des Lohnes jede Woche und zwar am Freitag Mittag oder abends. 7. Unterlassung von Strafregulungen. Vereinigungsfreiheit der Arbeiter. Wiederinstellung schon gemahnter Arbeiter. 8. Abschaffung des Holzhinzaufschlusses der Schichtarbeiter am Morgen und Mittag, sowie des Wagensfalls mittags und Sonntags. 9. Anerkennung der Arbeitervereine.

Die Antwort der Grubenverwaltungen auf diese gewiß geringen Forderungen lautet: „In Punkt 1 und 6: An der durch die Arbeitsordnungen festgelegten Arbeitszeit sowie an den Lohnperioden und Lohnzahlungen halten wir unbedingt fest. In Punkt 2 bis 4: Die Abschaffung des Solingensystems ist bei unserem Braunkohlen-Bergbau undurchführbar, ebenso wenig ist eine allgemeine Erhöhung der Löhne nach Lage unserer Industrie möglich; indessen sollen die einzelnen Solingefälle und Schichtlöhne einer wohlwollenden Prüfung unterzogen und berechnigte Wünsche berücksichtigt werden. Vorbedingung hierfür ist ruhiges Weiterarbeiten und ferneres friedliches Verhalten der Belegschaften. In Punkt 7: In Strafregulungen haben uns bisher die Belegschaften keine Veranlassung gegeben. Begünstigt der Anstellung und Kündigung von Arbeitern wahren wir unsere Autorität im Sinne der Bestimmungen unserer Arbeitsordnungen. Ueber sonstige auf einzelnen Werken geäußerte Wünsche ärztlicher Natur wird mit den Belegschaften dieser Werke verhandelt werden.“

Wir rathen den Belegschaften in ihrem eigenen Interesse, sich durch Einflüsse von außen her nicht zu folgenschweren Schritten hinreiß zu lassen.

Jedes Wort wird nur mit seiner Belegschaft verhandelt. Mensehewik und Losch, 12. Juli 1897.

(Folgen die Unterschriften.)

Ueber diese Antwort, die am Montag, den 12. Juli, auf allen Werken angehängt wurde, kam es zu lebhaften Debatten unter den Arbeitern. Viele wollten sofort in einen Streik eintreten, jedoch gelang es noch, diesen zu vermeiden. Zwei Versammlungen, in denen die Entscheidungen getroffen werden sollten, fanden denn am Sonnabend den 17., und Sonntag den 18. Juli in Schnaderhainichen und Neupeterschau statt. In der ersteren kam es zu lebhaften und heftigen Auseinandersetzungen, weil einige Bergarbeiter und anwesende Genossen vom Streik abriethen, andere Bergarbeiter denselben warm befürworteten. Bei der Abstimmung stimmten in Schnaderhainichen 78 gegen, 70 für Streik, in Neupeterschau 44 gegen und 43 Stimmen für den Streik. In betracht kommt, das zu diesen Versammlungen von vielen Gruben nur die Kommissionen erschienen waren, die von den Belegschaften hierzu bestimmt waren, sonst wäre die Anzahl größer gewesen. Mit drei Stimmen war also der Streik abgelehnt, jedoch konnte man nach dem Verhalten mancher Leute schließen, das diese mit dem Resultat nicht einverstanden waren. Am Dienstag früh brach denn auch auf 6 Gruben, wo zusammen gegen 400 Arbeiter beschäftigt sind, der Streik aus. Die Bergarbeiter haben den Schritt unternommen, trotzdem ihnen in den Entscheidungsversammlungen gesagt wurde, das sie auf Unterstutzung nicht rechnen können, da ihre eigene Kasse erschöpft ist, die Arbeiterschaft Zeulands aber durch andere Ausstände sich bereits verpflichtet hat. Aus den in betracht kommenden Werken sind von etwa 1400 beschäftigten Bergarbeitern gegen 900 im Verband organisiert, die Mehrzahl jedoch erst kurze Zeit. Die diese Bewegung anlansende, ist unsicher zu errathen, sie schafft jedoch auch in diesem Bezirke Aufklärung und mehr Zusammenhalten, mag sie ausfallen, wie sie will.

Derselbe Berichtserhalter schreibt uns einige Stunden später: Die Ausstandsbewegung nimmt größere Dimensionen an. In den bereits mitgetheilten kommen noch neun Gruben mit gegen 450 Mann, welche die Arbeit niedergelegt haben. Streikbrecher sind bis jetzt sehr wenig vorhanden. In Arbeit befinden sich nur noch fünf Werke, von einigen erwartet man heute noch, das auch sie die Arbeit einstellen. Im Ausstand befinden sich also bis heute 16 Werke mit etwa 850 Mann, da auch von den Arbeitenden der zuerst gemeldeten Werke mehrere die Arbeit einstellen, mehrere aber auch entlassen wurden, da mit ihnen allein der Betrieb nicht gehalten werden konnte. Eine am Mittwoch Abend in Schnaderhainichen stattgefundene Versammlung beschloß die Aufrechterhaltung der Forderungen.

Von anderer Seite wird noch berichtet: Die Altenburger Kohlenwerke in Unter-Walditz bewilligten die Forderungen der Arbeiter mit der Bemerkung, das, wenn auf anderen Gruben mehr bezahlt würde, sie den Lohn auch noch erhöhen würden.

**Die Aachstundebewegung der englischen Maschinenbauer**

nimmt ihren ruhigen Verlauf. Unterhandlungen haben noch nicht stattgefunden, doch hat sich der Sekretär des Arbeitervereines hierzu bereit erklärt. In dem von dem Streikkomitee veröffentlichten Manifest, das wir gestern im Auszug wiedergegeben, sind noch einige interessante Stellen enthalten, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. In geschichtlicher Weise hat der Verfasser der Schrift die Fortentwicklung der englischen Maschinenbau-Industrie bespricht, um den Nachweis zu führen, das diese die Einführung des Achtstundentages wohl vertragen kann. Es wird zunächst darauf hingewiesen, das in den ersten sechs Monaten dieses Jahres die Ausfuhr von Maschinenbauprodukten aus dem vereinigten Königreich gegen das Vorjahr um 422.895 Pfund Sterling zugenommen hat. Die vierteljährlichen Berichte des Lloydregister ergängen diese Angaben für den Schiffbau, indem sie darthun, das der Tonnengehalt der im Bau begriffenen Schiffe zur Zeit größer ist als seit acht Jahren. Am 30. Juni d. J. waren Kaufahrerfahrts- und Kriegsschiffe mit einem Gesamtgehalt von 1.218.758 To. im Bau begriffen, während es am selben Tage des Vorjahres 1.081.447 waren. Auf den Schiffswerften des Vereinigten Königreichs wurden in 1896 72 pCt. aller Schiffe der Welt gebaut, einschließlich der aus den großen amerikanischen Seen hergestellten Fahrzeuge. Eine einzige Schiffswerft hat mehr Schiffe gebaut als alle deutschen Schiffswerften zusammen genommen; dieselbe Schiffswerft baut zur Zeit für die Hamburg-Amerikanische Packetfahrtsgesellschaft einen Doppelschraubendampfer von 20.000 Tonnen, dessen Herstellung weniger als zwölf Monate in Anspruch nehmen wird. Der Reingewinn der Firma Armstrong, Whitworth & Co. in Newcastle betrug im letzten Jahr 358.688 Pfr.

Nach allem das man annehmen, das, soweit London in betracht kommt, der Kampf bald zu gunsten der Arbeiter entschieden sein wird.

Die „Eisen-Zeitung“, das Organ der deutschen Eisenarbeiter und Maschinenlöhne beschäftigt sich in ihrer neuesten Nummer vom 22. Juli ex. des langen und breiten mit dem Kampf der englischen Maschinenbauer. Von welchem „Geist“ dieses Elaborat diktiert worden ist, geht am besten aus folgendem Absatz hervor, der verdient, niedriger gerühmt zu werden. Es heißt da:

Die „Amalgamated Society of Engineers“ deren Mitgliederzahl sich auf etwa Hunderttausend beläuft, findet, das sich in ihren Reihen ein „Streikfonds“ in der Höhe von 850.000 Pfund Sterling angesammelt habe. Was damit anfangen? Einen Streik! Jedoch sind die Löhne obneben die höchsten, die je bezahlt worden waren und die Maschinenarbeiter zeigen sich mit denselben vollständig zufrieden. Was nun?

Wird mit diesem Streikfonds nicht baldigt was gethan, so ist Gefahr vorhanden, das die Mitglieder sich weigern werden, neue Beiträge zu leisten, und daraus bestehend, das diese enorme Summe von 850.000 Pfund Sterling entweder nutzbringend angelegt oder den bestehenden Unterstutzungs-, Kranken- und Sterbefonds zugeführt werde. Geschiehe dies nun auch, dann wären gewisse Beamte und professionelle Agitatoren der Gewerksvereine sofort entbehrlich, was natürlich für die letzteren höchst unangenehm wäre.

Ein „Streik“ für den Achtstundentag hat sich stets noch als bester Ausweg aus einem solchen Dilemma erwiesen, denn wo gäbe es den Arbeiter, der es nicht vorziehen würde, bei gleichem Lohne nur acht Stunden anstatt neun oder gar zehn Stunden per Tag zu arbeiten?

Wie schade, das die „Eisenzeitung“ nicht vor dem Kampfe den „verführten“ englischen Arbeitern diese Belehrung zu theil werden ließ. Die Aufsperrung derselben durch die organisirten Unternehmer findet selbstverständlich den vollen Beifall des Organes der Krupp, Stumm, Rühnemann und Konsorten.

**Gewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgebung.**

Achtung, Pauer! Nachdem der bisherige Vertrauensmann August Vogel durch Krankheit verhindert ist, seine bisherige Thätigkeit weiter zu führen, hat die letzte öffentliche Versammlung den Kollegen Otto Kohl, Buchholzerstr. 3, zum Vertrauensmann erwählt. Die Pauer werden gebeten, dem Kollegen Kohl bei der Kontrolle auf den Bauten die gewünschte Auskunft in ebenso bereitwilliger Weise zu gewähren, wie sie es bisher gethan haben. Meldungen an denselben sind behufs schleuniger Erledigung unter Adresse Grenadierstr. 33 bei Busz zu senden. Die Lohn-Kommission.

Für die streikenden Wäscherinnen in Neu-Ziesburg sind noch eingelaufen auf Liste 51 M. 2.—, Nr. 53 3,90, Nr. 61 2,80, Nr. 63 9,50, bereits quittirt 936,74 M., von heute 23,70 M. Summa 960,44 M. Frau Wengels, Bruchstr. 30.

**Deutsches Reich.**

Die Zahl der ausländigen Handshuhmacher in Brandenburg a. d. Sp. ist jetzt auf 88 Verheirathete und 20 Ledige gesunken. Ein Theil der Gehilfen arbeitet noch weiter, bis die Kündigung abgelaufen ist. Durch Zufall ist den Streikenden ein Rundschreiben des Unternehmerverbandes in die Hände gefallen, in welchem den Verbandsmitgliedern im Reich der Ausbruch des Brandenburger Streiks bekannt gegeben wird. Ferner ist eine Liste der streikenden Arbeiter beigegeben mit dem Hinweis, das nach den Satzungen des Verbandes diese von keinem Mitglied in Arbeit genommen werden dürfen.

In Bergedorf haben 300 Arbeiter der Stahlfabrik von A. Severis die Arbeit eingestellt. Veranlassung hierzu gab die plötzliche Entlassung von 19 Arbeitern dieser Firma. Man nimmt an, das dieser Akt sich gegen die Organisation richtet, der sämtliche Streikende bis auf vier angehören. Alle Anfragen sind zu richten an A. Gruse, per Adr. Sozial St. Petersburg, Bergedorf bei Hamburg.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Streik in der Jutespinnerei in Delmeuhorst ist, wie nun auch das „Hamburger Echo“ mittheilt, beendet. Am Montag Morgen wurde, wie am Sonnabend beschlossen, die Arbeit in der Jutespinnerei wieder aufgenommen. Die im Laufe des Tages mit der Direktion gepflogenen Verhandlungen haben zu einem befriedigenden Ergebniss geführt. Das Resultat wurde gestern Abend in einer Versammlung mitgetheilt und die Feinspinner erklärten sich einstimmig mit den festgesetzten Lohnsätzen zufrieden. — In der Wollspinnerei wird die Arbeit in den Abtheilungen, die nicht am Streik sich betheiligen, augenblicklich noch fortgesetzt, nur die Wäscherei mußte außer Betrieb gesetzt werden; eine kleine Stockung ist auch in der Spinnerei eingetreten.

Wenn zwei dasselbe thun etc. Während des Altenburger Maurerstreiks hatte ein Unternehmer, als er Streikbrecher am Bahnhof in Empfang nahm, diese aufgefordert, jeden mit der Wasserwaage über den Kopf zu halten, der sich ihnen nahe.“ Die Worte hatte ein anwesender Polizeikommissar nicht gebürt, sie waren aber von dritter Seite der Staatsanwaltschaft deunnt. Den betreffenden ging nun vor einigen Tagen nachstehendes Schreiben seitens der Staatsanwaltschaft zu: Das Verfahren gegen den Baumeister Hermann Kraft hier, weil er am 10. Mai er. abends auf dem Bahnhof hier gelegentlich der letzten Streikbewegung durch die Worte: „Wenn einer an Euch herankommt, den haut Ihr mit der Wasserwaage über den Kopf hinein!“ öffentlich zu einer strafbaren Handlung aufgefordert haben soll, wird nach § 111 und § 68 St.-G.-B. eingestellt. Denn die fragliche Äußerung enthält nach den stattgehabten Ermittlungen im Zusammenhalt mit ortsbekanntem Vorkommnisse nur eine bei der Haltung der streikenden Maurer damals angebrachte Warnung und Aufforderung an einige zuziehende fremde Arbeiter, sich gegen etwaige rechtswidrige Angriffe nöthigenfalls mit Gewalt zu verteidigen.

Das Altenburger Parteio-Organ, dem wir obiges entnehmen, weist mit recht darauf hin, das es eine gewagte Sache sein würde, wenn in umgekehrter Weise etwa ein streikender Arbeiter die Probe auf das Exempel machen wollte.

In Delmar sind bei der Firma Meyer 25 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen im Streik.

Ueber den Viesfelder Zimmererstreik ist vor dem dortigen Gewerbegericht verhandelt worden, ohne das eine Einigung erzielt worden wäre.

Die Gewerkschaften von Frankfurt a. M. haben den Resolutionsentwurf „Volksstimme“, Hr. Quard, als Delegirten zum internationalen Arbeiterschutze-Kongress in Zürich gewählt.

**Russland.**

Vom Ausstand der belgischen Bergleute melden die heute eingelaufenen belgischen Blätter, das die Wiederaufnahme der Arbeit seit gestern (Mittwoch) eine größere ist. In den Gruben östlich von Mons sind die Belegschaften fast vollständig angefahren. Dagegen wird im Centrum des Borinage der Streik noch vollständig aufrecht erhalten. Die vollkommene Mittellosigkeit der von den Unternehmern zum Streik provozirten Bergarbeiter wird diese wohl auch hier zu baldigem Nachgeben zwingen. Vorläufig ist die Zahl der Streikenden allerdings immer noch circa 18000.

Die Differenzen im Londoner Generalpostamt sind, entgegen der nach bürgerlichen Blättern wiedergegebenen Nachricht in unserer Mittwochnummer, durchaus noch nicht beseitigt. Der besorgte Ausstand der Telegraphisten ist nicht dadurch beseitigt, das ihre Forderungen bewilligt sind, sondern die unmittelbare Gefahr eines solchen wurde nur hinausgeschoben, da die angeordnete Entlassung der Wortführer der Telegraphisten unterblieb. Die Telegraphisten fordern in erster Linie Abschaffung der Ueberzeitarbeit. Diese Forderung ist ihnen abge schlagen mit dem Hinweis auf Verordnungen früherer Generalpostmeister, die dahin gehen, das jeder Beamte stets bereit sein müsse, Ueberstunden zu leisten. Obwohl Ueberstunden um ein Viertel höher bezahlt werden, wollen die betreffenden Beamten auf die Dauer ihre freie Zeit sich nicht verkürzen lassen. Der Verband der Telegraphisten hat wegen der Frage, ob vom nächsten Montag an noch Ueberzeitarbeit geleistet werden soll, namentliche Abstimmung vornehmen lassen. In Liverpool haben 65 pCt. diese Frage verneint, in Birmingham 87 und in London sogar 94 pCt. Die Stimmung ist im allgemeinen für den Kampf; die wegen ihres Eintretens für die Forderungen etwa Gemahnter sollen vom Verbands unterstutzt werden.

**Soziales.**

Krankenkassenwesen. Der „Kranken- und Sterbefälle des Institutes für Hilfsbedürftige Handlungsdiener in Dresden“ ist auf grund des § 75 des Kranken-Versicherungs-Gesetzes von neuem die Bescheinigung erteilt worden, das sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes den Anforderungen des § 75 des Kranken-Versicherungs-Gesetzes genügt.

Ein Wild aus dem Gegenwartsstaat. Unter dieser Epithete berichtet wir kürzlich, das in Frankfurt a. M. einer armen Frau ihr Besuch am Straußenschub abgeschlagen worden war. Es handelte sich um 14 Tage Straußhaft wegen eines geringen Vergehens; ihr Besuch hatte sie damit begründet, das sie ein sechs Wochen altes Kind habe. Jetzt berichtet ein Frankfurter Blatt, die „Sonne“, ihm sei von gut unterrichteter Seite mitgetheilt, das Herr Staats-

Anwalt v. Reden der armen Frau nur wohl wollte, wenn er ihr gestattete, das Kinde mit ins Gefängnis zu nehmen. An Pflege würde es demselben durchaus nicht fehlen, da die Gefängnisverwaltung öfter mit derartigen Eventualitäten zu rechnen habe, und auf Mütter mit Säuglingen vorbereitet sei. — Also Sängling in Gefängnis — eine ständige Einrichtung. Arme Verteidiger des Gegenwartsstaates.

## Geri-chts-Beitung.

**Gegen den Gastwirth Schöning,** Adenickerstr. 68, wurde feinerseit von dem Richter Ahrens der Vorwurf erhoben, einen Konkurrenten, den Gastwirth Lamprecht, wegen Uebertretung der Polizeistunde demütigt zu haben. Aus der öffentlich erhobenen Anschuldigung entspann sich später eine Privatklage, in der Schöning gegen Ahrens die Verleumdungsanklage anstregte. In der am 6. d. M. vor dem Schöffengericht stattgehabten Verhandlung wurde durch die Beweisaufnahme festgestellt, daß Schöning thatsächlich eine Demütigung gegen den Restaurateur Lamprecht angestrengt hatte, infolge dessen wurde der Kläger kostenpflichtig mit seinem Klageantrag abgewiesen.

**Gegen den Knopschützen Krüger,** welcher das Unglück hatte, gelegentlich einer Vorlesung in Weisensee seine Braut zu erschlagen, findet am 26. d. M. vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II Verhandlung wegen fahrlässiger Tödtung statt. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Brap.

**In Bezug auf den Anspruch,** den neuerdings vielfach die in legend einem städtischen Verwaltungszweige beschäftigten Bediensteten erhoben, als Gemeindebeamte angesehen zu werden, hat neuerdings das Kammergericht eine bemerkenswerthe Entscheidung erlassen. In der Prozesssache eines Fleischbäckers gegen die Stadtgemeinde sagt das Gericht: Regelmäßig wird der Beamtencharakter durch die Anstellung erworben, d. h. durch die formale Berufung in ein Amt durch die zuständige Behörde. Es lag also dem Kuratorium des Viehhofs fern, den Kläger durch seine Verfügung in ein Amt zu berufen. Dazu war das Kuratorium auch gar nicht zuständig, denn Gemeindebeamte werden vom Magistrat ange stellt.

**Wegen Mißhandlung von Gefangenen** verurtheilte die Strafkammer in Posen den wegen Körperverletzung mit vier Monaten Gefängnis bereits vorbestraften Polizeisergeanten Bartos aus Stenschove zu sechsmonatiger Gefängnisstrafe (1). Der Angeklagte hatte einen Tischlergesellen, der nicht sofort seinen Namen nennen wollte, auf der Polizeiwache geohrfeigt und mit dem flachen Säbel über den Rücken geschlagen. In der gleichen Weise hatte er auch einen Krüppel mißhandelt. Die über den schneidigen Polizeisergeanten verhängte Strafe ist eine auffallend milde.

**Das Inhälderunwesen** zeigte sich in abschreckender Gestalt in einer Verhandlung, welche gestern vor der IV. Ferienstrafkammer des Landgerichts I stattfand. Aus der Untersuchungshaft wurden der Klempner Gustav Olley und die unverheiratete Martha Krähig vorgeführt, letzterer wegen Kuppelei, Verführung und schwerer Körperverletzung, letztere wegen Aufstiftung zu der Körperverletzung und wegen Diebstahls angeklagt. Der Schlichtmache rmeister H. hatte sich am Abende des 19. März von der Krähig, die ihn auf der Strafe ansprach, verleitete lassen, mit ihr zu gehen. Als H. von ihr schied, erklärte er, daß die Krähig ihm sein Portemonnaie entwendet habe und daß er den Diebstahl zur Anzeige bringen werde. Als er die Strafe betrat, um sich nach Hause zu begeben, folgte ihm heimlich die Krähig. Sie trat bald mit ihrem „Bräutigam“, dem Angeklagten Olley zusammen, dem sie von dem Vorfall und der Gefahr, die ihr von dem ahnungslos vor ihr schreitenden D. drohe, Mittheilung machte. Olley wußte sofort, was er zu thun hatte, er folgte dem D. unbemerkt. Gleich darauf begegnete ihm der ihm bekannte Schuhmacher Berger, der einen außerordentlich dicken und schweren Stock mit entsprechender Kräfte bei sich führte. Olley, der nur einen Schwimring, hat Berger auf kurze Zeit um Austausch der beiden Gegenstände und Berger, der den Zweck dieses Wunsches nicht kannte, ging auch darauf ein. Nun beschleunigte Olley seine Schritte und vor dem Hause in der Schwerinstraße, in welchem D. seine Wohnung hatte, holte er ihn ein. Olley vertrat ihm den Weg mit der Frage, ob D. das Mädchen wegen des angeblichen Diebstahls anzeigen gedenke. „Was geht das Sie an?“ erwiderte D. dem ihm gänzlich Unbekannten und wandte sich seiner Hausthür zu. Als er im Begriff war, die Thür zu öffnen, ertönte von der unweit stehenden Krähig die Aufforderung: „Gustav, er muß gleich eins kriegen, daß er liegen bleibt!“ Olley holte mit dem dicken Stock, den er am Fußende gepackt hatte, zum Schlage aus und traf D. gegen den Hinterkopf. Der Betroffene fiel lautlos zu Boden, Olley hatte ihm den Schädel zertrümmert. Der Thäter entfernte sich und erklärte dem entsetzten Berger, daß er ihm die Knochen im Leibe zerfahren werde, wenn er etwas von dem, was er gesehen habe, verrathen werde. Berger wurde dadurch auch so eingeschüchert, daß er Verschwiegenheit bewahrte, hatte er doch gesehen, wie Olley sich zu rächen wußte. D. lag etwa zwei Stunden bestimmungslos vor seiner Thür, erst dann wurde er gefunden, nach der Sanitätswache und von da nach der Klinik gebracht. Professor v. Bergmann nahm eine schwere Operation an ihm vor, die Knochensplinter mußten entfernt und ein ziemlich großes Stück des Schädels mußte herausgesägt werden. Die Medizinalrath Dr. Long im Termine begutachtete, ist der Verletzte um zwei Drittel in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt und wird dauernd stich bleiben. Die Ermittlungen nach dem Thäter blieben längere Zeit ohne Erfolg, da Berger nicht zu sprechen wagte. Doch dann ging der Polizei ein anonymes Schreiben zu, worin mitgeteilt wurde, daß die Krähig sich in angetrunkenem Zustande in einem Café geräuhert, welche Heldenthat Olley für sie begangen hatte. Als der letztere dann eingezogen war, brach auch Berger sein Stillschweigen, wofür Olley ihm unter unheilvollenden Blicken und Gebarden eine bereinigte Abrechnung in Aussicht stellte. Vorläufig braucht der Zeuge aber nichts zu fürchten, dem Olley wurde noch dem Antrage des Staatsanwalts Krebs zu fünf Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaussicht verurtheilt. Die Angeklagte Krähig trat eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren.

**„Moderne Gerechtigkeit.“** Unter dieser Epithete bringt das „Hamburger Echo“ folgende recht interessante Zusammenstellung: Am Montag verurtheilte die hiesige Ferienstrafkammer einen ehemals streikenden Kohlenarbeiter, der während des Hasenarbeiterstreiks einen „Arbeitswilligen“ „genötigt“ haben soll (Vergehen gegen § 158 der „Gewerbe-Ordnung“), zu drei Monaten Gefängnis. — Gestern verurtheilte das Schöffengericht einen „Arbeitswilligen“, der sich bei seiner Krankenlaffe krank meldete, obgleich er als „Arbeitswilliger“ im Hofen arbeitete, und dadurch die Krankenlaffe um 192 M. beschwindelt und betrogen hat, wegen wiederholten Betruges zu — fünf Tagen Gefängnis! — Als Ergänzung wollen wir nochmals erwähnen, daß kürzlich die Strafkammer in Dresden eine Arbeiterfrau wegen Entwendung einer alten Blechkanne im Werthe von 1 M. zu einem Jahre und drei Monaten Zuchthaus verurtheilt hat! — Das Schöffengericht in Altona dagegen verurtheilte zwei gutstürmte Frauen, die sich in Portwein Courage getrunken und dann verschiedene Ladendiebstähle ausgeführt haben, zu — drei Tagen Gefängnis.

**Wie man zu einer Auflage kommt.** In Sachsen ist ja bekanntlich viel möglich. Nachstehend geschilderter Vorgang dürfte aber einzig in seiner Art dastehen. Wir wollen gleich von vorn herein bemerken, daß es sich um altbekanntliche festgestellte Thatsachen handelt; manchem würde sonst die Sache unglaublich erscheinen. Am 6. Juni d. J. (Pflingstsonntag) ging der Parteigenosse Steinarbeiter Max Richter aus Löttau mit noch einigen Freunden die nach Götia führende Gohliser StraBe entlang. Hier bemerkte sie, wie ein Schuhmann einen stark betrunkenen Menschen arretirte. Zu gleicher Zeit kam aus der entgegengesetzten Richtung der Straßenbau-Unternehmer Noack aus Löttau, um anlang an dieser Szene, ohne weiterrück mit seinem Stode auf den Betrunkenen einzuschlagen. Richter, der sich über dieses Benehmen empörte,

interventirte schließlich gegen dieses rohe Gebahren und deutete an, daß er sich hineinmischen würde, wenn Noack nicht aufhöre zu schlagen. Damit war die Sache erledigt, und ein zweiter hinzukommender Schuhmann half den Betrunknen wegschaffen. Richter ging mit den anderen ruhig seiner Wege und niemand von ihnen hat der Sache besonderes Gewicht beigelegt. Ein paar Tage später wird Richter zu seinem Erkennen auf das Gericht bestellt und ihm eröffnet, daß wegen des Vorfalles auf der GohliserstraBe ein Verfahren gegen ihn wegen Gefangenenbefreiung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet sei. — wie aus den Worten gefallen — schildert den Vorgang. Auf seine Veranlassung wird ein Zeuge geladen. Diesem Zeugen wird auf dem Gericht aber bedeutet, daß er, wahrscheinlich der Beihilfe verdächtig, mitangeklagt werde. Daraus werden weitere Zeugen vernommen, bis sich endlich die vollständige Haltlosigkeit der Anklage herausstellt. Am 2. Juni bekam denn auch N. den Bescheid von der Staatsanwaltschaft, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt sei. Es entsteht nun die Frage, ob nun die Veranlasser der falschen Anschuldigungen zur Verantwortung gezogen werden? Wer weiß, wie die Sache für Richter ausgegangen wäre, hätte er nicht so zahlreiche einwandfreie Zeugen zur Hand gehabt. Es wäre doch viel richtiger gewesen, den Knippelhelden für seine Rohheit zur Verantwortung zu ziehen; statt dessen wendet man sich aber gegen den, der eine zweifellos gesetzwidrige Handlung verhindern wollte! Was werden wir in Sachsen nicht noch alles erleben?

**Ein sensationeller Prozeß** spielt sich gegenwärtig in Bulgarien, und zwar in Philippopel ab. Die Anklage richtet sich gegen Boitschew und Genossen wegen Ermordung der ungarischen Sängerin Simon. Der That ist bezeugt worden: 1. Detcho Petrow Boitschew, gewesener Rittmeister in Generalstabe, wohnhaft zu Sofia, 2. Karlo Novelsch, gewesener Stadthauptmann von Philippopel, 3. Bogdan Wafiljew, gewesener britischer Wachmann in Philippopel und 4. Nikola Boitschew, Buchhalter bei der landwirtschaftlichen Vorschule in Hermanli. Der Thatbestand ist folgender: Die Sängerin Anna Simon, die allgemein als eine gefeierte Schönheit galt, lernte im Jahre 1894 im Café chantant in Skopje den Adjutanten bei Hof Detcho Broschew kennen. Im Jahre 1895 gab Anna Simon einem Mädchen das Leben, das dem intimen Verhältnisse entsprach, welches zwischen ihr und dem Boitschew mittlerweile entstanden war. In der Sorge um ihr Kind konnte die Sägerin ihrem Beruf in der gewohnten Weise nicht mehr nachgehen und hatte deshalb sehr oft mit Nahrungsorgen zu kämpfen. Der Vater kümmerte sich weder um die Mutter noch um das Kind. Boitschew selbst war sehr verschuldet und nach vielem Hin- und Hergeren er den Entschluß, ein reiches Mädchen zu heiraten. Dieses fand sich und bald darauf, am 18. Januar 1898, wurde in Sofia die Verlobung gefeiert, der die Hochzeit folgte. Natürlich entstand hierdurch ein sehr gespanntes Verhältnis zwischen beiden und Boitschew wurde durch das Ausstreben der Anna Simon sehr kompromittirt, so daß er den Entschluß faßte, sie zu beseitigen. Im April berief er den Stadthauptmann Novelsch in das Gebäude der städtischen Adjutantur und forderte ihn auf, das Mädchen fortzuschaffen oder, wenn sie nicht freiwillig gehen wolle, Mittel ausfindig zu machen, um sie zu beseitigen. Novelsch erklärte sich damit einverstanden. Beide arbeiteten nun den Mordplan aus. Boitschew hatte früher mit dem Fürsten und der Fürstin die Insel Kogosch besucht, welche 11 Kilometer von Philippopel entfernt, im Maritsa-Flusse liegt. In dem Flussarme, welcher die „Kleine Maritsa“ heißt, hatte er unter einer kleinen Holzbrücke, die zur Insel hinüberführt, eine besonders tiefe Stelle entdeckt. An dieser Stelle, beschloß er, die Anna Simon in die Fluthen zu schleudern. Um den Plan durchzuführen, weihte er den Polizisten Bogdan Wafiljew in sein Geheimnis ein. Zu diesem Zweck wurde Anna zu einer Brotschneiderei überredet. Das Geheiß wurde von dem Polizeibeamten Wafiljew geführt und der Kutscher fortgeschickt. Die beiden anderen Komplizen stiegen in den Wagen. Boitschew sah zur Rechten Anna's, Novelsch ihnen gegenüber. Bei dem Denkmale der Mutter des Generals Stobolew — die im russisch-türkischen Kriege an jener Stelle getödtet worden ist — sprang Anna aus dem Wagen und fiel zur Erde. Boitschew hatte ihr im Wagen ein Fläschchen mit irgend einer bleibenden Flüssigkeit, wahrscheinlich mit Chloroform, unter die Nase gehalten. Schon halb betäubt, merkte sie, was vorgebe, und sie wollte die Flucht ergreifen. Wafiljew hielt den Wagen an. Die drei Männer stiegen aus, hoben sie auf und setzten sie wieder in den Wagen. Dann ging's weiter. Im Innern des Wagens aber schrie Anna wie eine Verzweifelte. Da befaß Boitschew dem Wafiljew, zu halten. Boitschew stieg nun selbst auf den Bod. Wafiljew mußte sich in den Wagen setzen und das Fläschchen nehmen, um es weiterhin dem Mädchen unter die Nase zu halten. So kam man bis zum ersten Kilometer-Steine, wo Boitschew über die Brücke fuhr und auf der linken Seite des Flusses, zehn Schritte vom Ufer entfernt, Halt machte. Die drei Männer nahmen das bereits gänzlich bewußtlose Mädchen vom Wagen und legten sie auf die Erde nieder. Bald darauf kamen Boitschew und Novelsch mit einem großen und einem kleineren Steine heran. Die drei Männer machten sich zuerst in der Art weiter an der Betäubten zu schaffen, daß sie sie höchst wahrscheinlich mit einem Strick erwürgten, welchen sie aus Philippopel mitgenommen hatten. Dann hoben sie den Leichnam empor. Wafiljew schob ihr einen Strick unter den Körper und Boitschew besetzte mit diesem Strick die beiden Steine um ihren Leib. Hierauf hob Wafiljew den Körper beim Kopfe und bei den Händen. Boitschew und Novelsch erfakten die Fäße. So trug man die bereits Entsetzte auf die Brücke und schleuderte sie von dort in den Fluß hinab.

Die Mörder kehrten nach vollbrachtter That mit dem Wagen in die Stadt zurück. Boitschew stieg auf dem Kirchenplatze aus und begab sich in das Haus des Kanakerstki, wo seine Frau wohnte. Den Stadthauptmann brachte Wafiljew heim. Der Koffer mit den Kleidern der Ermordeten wurde in den Salon des Stadthauptmanns gestellt.

Durch das räthselhafte Verschwinden wurden alle möglichen Vermuthungen unter den Freundinnen laut und schließlich förderte die Untersuchung den Thatbestand zu tage.

Ueber die Verhandlung am Mittwoch entnehmen wir der „Frankl. Ztg.“ folgendes:

Der Prozeß Boitschew und Genossen begann heute unter ungeheurem Andränge des Publikums im Landesgerichtssaale, der dies 130 Personen faßt. Unter den Anwesenden bemerkte ich den österreichisch-ungarischen Konsul Kovich mit dem Konsulatssekretär Stevens, den Präsidenten der Sobranje, Janinkoff, zahlreiche Offiziere und die Frau Boitschew's in elegantem Kleide, in rosengeputem Hute und weißen Handschuhen. Sie lächelte und nicht Bekannten fremdlich zu. Boitschew selbst erschien sehr wohlgeputzt in schwarzem Rocke, aus dessen Tasche ein sorgfältig zusammengelegtes Taschentuch blühte, geschmückt mit dem Ordensband, der Tapferkeitsmedaille, die Hände in neuen gelben Handschuhen, den Schurzbart kahlte emporgedreht. Sein Benehmen ist höchst selbstbewußt, ungenirt und siegesicher. Bei der Verlesung der Anklageschrift lachte er und sein Bruder wiederholt. Auch die Frau Boitschew's lachte an der Stelle, wo die Anklage anführt, daß Boitschew ein reiches Mädchen gesucht und gefunden habe. Stadthauptmann Novelsch dagegen sieht ganz gedrohen aus und vermochte die erste Frage des Präsidenten nur mit Kopfnicken zu beantworten. Bogdan Wafiljew macht den Eindruck eines intelligenten Menschen, aber eines willenslosen Werkzeuges. Vor dem abgetrennten Raum, in dem die Angeklagten sitzen, stehen drei Gen darne mit aufgestanmem Bajonnet. Der Advokat Boitschew's, Dr. Popow, verkündet die Ablehnung eines Geschworenen, des Buchhändlers Manischew, der wegen seiner Gleichheit eine große Popularität genießt. Der Gerichtshof, dessen junger Präsident schneidig und korrekt präsidiert, beschloß die Zulassung. Als nach Abnahme der Generalien Boitschew den Saal verließ, drängten sich mehrere Offiziere zu ihm und begrüßten ihn. Boitschew rief ihnen zu: „Deut kannst Du mich nicht sprechen, morgen oder aber-

morgen ganz gewiß!“ Sämmtliche Vertheidiger protestirten gegen die Zulassung des Dr. Genadiw, der im Auftrag des Generalkonsulates die privattheilige Tochter der Ermordeten vertritt und dessen Bemühungen und journalistischen Einflüssen man hauptsächlich die Aufdeckung des Mordes verdankt. Die Vertheidiger stellten sich auf den Standpunkt, es sei nicht nachgewiesen, daß die kleine Eugenie eine Tochter der Simon sei. Der Gerichtshof entschied zu Gunsten Genadiw's.

Das Verhör des Bogdan Wafiljew bringt nichts Neues. Er giebt alles nach der Anklage zu, nur will er erst, als Anna Simon aus dem Wagen sprang, gewußt haben, worum es sich handle. Als er selbst vom Bod des Wagens stieg, sei Anna Simon bereits todt gewesen. Hiermit schloß vormittags die Verhandlung.

## VerSammlungen.

**Eine öffentliche Versammlung** der Puher tagte am Mitt woch bei Keller, Koppenstraße 29. Nach dem von dem Mitglied der Lohnkommission Dietrich erstatteten Situationsbericht ist die gegenwärtige Geschäftskonjunktur, obwohl die diesjährige Bauperiode eine sehr gute ist, für die Puher eine recht ungunstige, die Zahl der Arbeitslosen ist eine erhebliche und überhaupt eine Krise zu vergleichen, die noch 14 Tage bis vier Wochen andauern kann. Zur Zeit sind nur 82 Bauten zur Kontrolle gemeldet und außerdem vielleicht noch 10 Bauten vorhanden, welche nicht kontrollirt werden, so daß circa 30 Bauten weniger als im Vorjahre Arbeitsgelegenheit für die Puher bieten. Die Krise trifft sehr verhängnisvoll diejenigen am meisten, die an der Bewegung theilhaftig sind, und entsprechend den gestiegenen Beschlüssen an dem festgesetzten Tarif streng festhalten, während der indifferente Theil der Puher die Arbeit zu minderwertigem Preise annimmt und folgedessen von den Unternehmern bevorzugt wird. Wenn auch bei den Fassadenpuhern es gelungen ist, die Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten und die Bemühungen der Unternehmer, den Lohn zu reduzieren, fast allgemein zurückgewiesen wurden, so muß doch zugestanden werden, daß die Verhältnisse bei den Innenputzern noch ungunstiger sind, und die Preise, wenigstens dem Tarif genau entsprechend, zur Zeit oft nicht bezahlt werden. Die treu zur Sache stehenden Kollegen, die natürlich unter den gegebenen Umständen auch am häufigsten arbeitslos sind, befinden sich deshalb in einer äußerst unangenehmen Lage und würden durch die Verhältnisse schließlich auch gezwungen sein, für niedrigere Preise zu arbeiten, resp. den Bedingungen der früher gestellten Beschlüsse würden sie nicht nach jeder Richtung hin voll und ganz nachkommen können. Der Redner empfiehlt deshalb, die bisherige Taktik zu ändern, um die Kollegen nicht zu zwingen, sich von der Bewegung fernzuhalten oder den Indifferenten die minimale Arbeitsgelegenheit zu überlassen, und er sucht, der zu diesem Zweck von der Lohnkommission vorgeschlagenen Resolution zuzustimmen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: Am bei der jetzigen ungunstigen Arbeitsgelegenheit den Kollegen, welche bisher treu zur Lohnbewegung gehalten haben, Gelegenheit zu geben, Arbeit zu bekommen, sollen auf allen den Bauten, wo nachweislich der festgesetzte Lohn von 7 M. gezahlt wird, Arbeitskarten aufgestellt resp. abgestempelt werden. Auch können dazselbst Beiträge zum Streifonds gesammelt werden. Ausgeschlossen sind die Bauten, welche von Putzmeistern besetzt sind und wo die Kollegen Mästung liefern oder auf Platzzahlung arbeiten. Allen Kollegen wird es jedoch zur Pflicht gemacht, bei Uebernahme von Arbeiten dieselben dem herausgegebenen Tarif anzupassen. Die heutige Versammlung verpflichtete sich, dahin zu wirken, daß die der Lohnbewegung fernstehenden Kollegen sich den gestellten Beschlüssen unterordnen, um bei der in Aussicht stehenden günstigen Konjunktur den Tarif voll und ganz zur Durchführung zu bringen.“ Nach einer längeren lebhaften Debatte, in der sich eine große Anzahl Redner für und gegen den Vorschlag der Lohnkommission aussprachen, wurde schließlich die Resolution mit großer Majorität angenommen. Hieraus wurde die Newwahl eines Vertrauensmannes vorgenommen und an stelle des Kollegen Vogel, der durch Krankheit verhindert ist, seine bisherigen Funktionen auszuüben, Otto Kohl mit dem Amt eines Vertrauensmannes für die Berliner Puher betraut. Zum Schluß wurde auf die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung hingewiesen und aufgefordert, die Listen einzusehen und eventl. für die Einzeichnung in dieselben Sorge zu tragen.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Hamburg, 22. Juli.** (S. S.) Infolge Ausfalls einer Kontaktfange an einem Straßenbahnwagen entstand Kurzschluß, wodurch der elektrische Draht glühend wurde und das Obertheil des Wagens Feuer fing. Brennende Wagenheile fielen auf den Pöndler Moses, der schwere Verletzungen davontrug.

**Paris, 22. Juli.** (S. S.) Der kommandirende General des ersten Armeekorps General de France stürzte bei der Beschäftigung eines Regiments in Arras mit dem Pferde und brach sich den linken Fuß. — Nach Meldungen aus Algier herrscht längs der ganzen Küste furchtbare Dige.

**Barcelona, 22. Juli.** (S. S.) Die Ausständigen in Monrca griffen eine Fabrik mit Steinwürfen an. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

**Brüssel, 22. Juli.** (S. S.) Die langosfeindlichen Blätter besprechen die Enthüllung mehrerer Kongo-beamten, daß alle Offiziere, Soldaten, Missionare, Handelsagenten vor ihrer Abreise nach dem Kongo einen Eid leisten mußten, niemals etwas mitzutheilen, was dem Kongostaat zum Schaden gereichen könnte.

**Brüssel, 22. Juli.** (S. S.) „Soir“ meldet, der Minister des Innern habe die Erklärung abgegeben, daß er, wenn sein Geheiß wegen der Bürgergarde abgelehnt oder zurückgezogen werde, fest entschlossen sei, seinen Abschied zu nehmen.

**Christiania, 21. Juli.** (S. S.) Aus Stavanger wird heute Mittag telegraphirt: In der Nähe von Sorvde im Bezirk Hissle wurde heute eine Brieftaube gefangen, welche am Fuß einen silbernen Ring und an die Fügel den Vermerk hatte: Nordpol 142 W. 47.82.

**Stockholm, 22. Juli.** (S. S.) Auf eine Anfrage des Waller Dagens „Nyheter“ erklärte er glaube nicht, daß die bei Stavanger gefangene Taube, Dr. Echolu, er glaube nicht, daß die bei Stavanger gefangene Taube von Andree abgeschickt sei. Andree's Tauben trügen keine silbernen Fuhringe, zudem fehle der Name Andree's am Flügel der Taube und sodann mache die unbedeutliche Ausdrucksweise die ganze Sache zweifelhaft. (Es wird allgemein angenommen, daß es sich bei dieser Meldung um eine Mystifikation handle).

**Budapest, 22. Juli.** (S. S.) Bei Wikry hat in der letzten Nacht ein Zusammenstoß zwischen dem Preßburger Personenzug und einem Laßzug stattgefunden. Verunglückt ist niemand, wohl aber ist der Materialschaden groß.

**Konstantinopel, 22. Juli.** (S. S.) Im gestrigen Ministerrath wurde der Beschluß gefaßt, dem Drängen der Mächte nachzugeben. Der Frieden soll aber nur unter den Bedingungen abgeschlossen werden, die in der Konferenz im Buljders beschloffen worden sind.

**Konstantinopel, 22. Juli.** (S. S.) Es verlautet, der Großvezir werde seine Demission einreichen.

**Konstantinopel, 22. Juli.** (S. S.) In der heutigen vorläufiglich letzten Friedenskonferenz sollen, wie es heißt, die türkischen Delegirten den Versuch machen, für die Türkei günstigeren Zugeständnisse zu erlangen.

**Konstantinopel, 22. Juli.** (S. S.) Die Forte hat heute die von den Boitschewern verlangte Erklärung dahin abgegeben, daß sie die von den Militärattachés der Boitschewen vorgeschlagene Grenze gegen Thessalien annimmt.

**Athen, 22. Juli.** (S. S.) Die Vertreter der Großmächte erteilten der griechischen Regierung den Rath, die beabsichtigte Einziehung der diesjährigen Rekruten zu unterlassen, da die Türkei dies als eine neue Handhabe zur Verschleppung der Friedensverhandlungen benutzen würde.

**New-York, 22. Juli.** (S. S.) In der Waffenfabrik Newhaven wurden durch eine Explosion vier Arbeiterinnen und drei Arbeiter getödtet.

**Tokales.**

**Die Parteigenossen des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises** werden ersucht, zu dem Sonntag, den 25. Juli, stattfindenden Flugblatt-Verbreitung sich morgens 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: Ewald, Schönleinstr. 6; Müller, Gräsestraße 31; Schönheim, Gräsestr. 8; Raumann, Blücherstraße 42; Imhof, Mittenwalderstr. 16; Lindemann, Moritzstraße 9; Saß, Marienplatzstr. 102; Röhling, Belle-Alliancestraße 74; Werner, Wilowstr. 59. Um pünktliche und besonders zahlreiche Beteiligung bittet Die Vertrauensperson.

**Die Parteigenossen des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises** veranstalten am Sonnabend, den 24. Juli, in der Neuen Welt, Hasenheide, ein Sommerfest. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. und wird der schöne Garten, sowie das abwechslungsreiche Programm hoffentlich dem Fest einen guten Zuspruch gewähren.

**Parteigenossen**, welche gewillt sind, sich an dem Sonntag früh stattfindenden Flugblatt-Verbreitung im VI. Wahlkreis zu beteiligen, werden gebeten, sich morgens 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: M. Augustin, Kastanien-Allee 11; Wachgänger, Ewinmöhlerstr. 120; W. Brinkmann, Prinzen-Allee 21; E. Ernst, Schwarzkopffstr. 11; J. Steinert, Müllerstr. 7a; J. Farr, Pottlitzstr. 10.

**Wer ist zur Stadtverordnetenwahl berechtigt?** Vielen Anfragen gegenüber sehen wir uns zu folgenden Auseinandersetzungen veranlaßt. Wahlberechtigt ist jeder 24-jährige selbständige Preussische, der seit einem Jahre Einwohner Berlins ist, die ihn treffenden Gemeindesteuern gezahlt hat, seine Rememierfähigkeit von der Stadt erhalten hat und der ferner entweder ein Wohnhaus besitzt oder ein stehendes Gewerbe mit 2 Gehilfen betreibt oder zu 600 bis 900 Mark Staatssteuer veranlagt ist. Wer ist selbständig? Jeder nicht entmündigte und nicht in Konkurs befindliche Einwohner, der „einen eigenen Hausstand hat“, sagt das Gesetz. Einen eigenen Hausstand hat auch der wirtschaftlich Selbständige, welcher sich im Besitz einer eigenen Gemieteten, wenn auch mit Möbeln und Einrichtungen des Vermiethers ausgestatteten, Wohnung befindet und einem fremden Hausstand nicht angehört. Hausverwaltungen gelten mit hin als selbständig, auch nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts. Mit Unrecht werden sog. Schlafleute als nicht selbständig betrachtet. In den Fällen, in denen Schlafleute nicht in die Wählerlisten aufgenommen sind, wiewohl sie wirtschaftlich selbständig sind, empfiehlt sich eine Einsprache gegen die Wählerliste. Ueber die Einsprache hat die Stadtverordneten-Versammlung zu entscheiden. Eine andere Frage ist die: gelten auch die als zu 600 bis 900 M. veranlagt, die wegen Steuer-Ermäßigung noch nicht 14 Jahre alter Kinder in eine Steuerliste unter 600 M. gesunken sind? Das Gesetz sagt ja. Ebenso die Stadtverordneten-Versammlung und der Bezirksausschuß. Der Magistrat hat jedoch diese verständige Auslegung des Gesetzes angegriffen. Dieser wunderliche von Selbstverwaltungsfreiheit und Freisinn wenig Zeugniß ablegende Schritt des Magistrats ist vom Oberverwaltungsgericht durch Verneinung der gestellten Frage belohnt. Trotzdem empfiehlt es sich, auch in solchen Fällen die Ausnahme in die Gemeindevählerliste zu beantragen. Die Stadtverordneten-Versammlung entscheidet auch hier in erster Instanz, und auch wenn das Oberverwaltungsgericht ahermal von dem „kreisinnigen“ Magistrat angerufen werden sollte, ist nicht ausgeschlossen, daß das Oberverwaltungsgericht sich der Ansicht anschließt: es ist ungerecht, mit dem Magistrat einem Gesetzgeber den Grad von Unsinnsigkeit zuzutrauen, daß er als Strafe für die Kinderzahl das Wahlrecht dem Vater hat entziehen wollen. — Das Wahlverfahren ist ein direktes, auf öffentlicher Stimmabgabe und Dreifachwahl beruhendes. Die erste Arbeit für die Wahlen muß die Einsicht in die Wählerliste sein. Veräume niemand diese Pflicht. Sie muß bis zum 30. Juli ausgeübt sein. Die Wahlen selbst finden erst im November statt.

**Gegen den zwangswweisen Schluß ihrer Arbeitsstunden** des Sonnabends um 5 1/2 Uhr hat eine Anzahl Berliner Detail-Konfektionsgeschäfts-Inhaber eine Beschwerde an das Polizeipräsidium gerichtet. Es wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß sich ein solches Vorgehen durch die neue Konfektionsverordnung keineswegs rechtfertigen lasse, daß es in den meisten Fällen dem zwangswweisen Geschäftsschluß gleichkäme, zumal am Sonnabenden und den Tagen vor den Feiertagen die Ablieferung fertiger Kleidungsstücke sowohl in der Herren- als in der Damen-Konfektion eine längere Arbeitszeit unbedingt nötig erscheinen lasse. In der Fallzahl, wo sich die Arbeit in den Konfektionsgeschäften häufe, würde sich eine derartige Maßnahme noch schärfer machen und nicht ohne schwere Schädigung des ganzen Betriebs durchzuführen sein.

Eine längere Arbeitszeit ist nötig, mit diesem Einwand sind bisher alle Mahregeln zum Schutz der Arbeiter von den Unternehmern bekämpft worden. Die hier angegebenen Gründe verdienen aber mehr der lieben Gewohnheit oder der Bequemlichkeit der Kunden ihr Dasein; stellt man diesen den ganzen Jammer und das Elend der Konfektionsarbeiterinnen entgegen, so erscheinen sie sehr wenig und es dürfte schwerlich ein humanisierender Mensch Gewohnheit und Bequemlichkeit höher schätzen als Leben und Gesundheit von mehreren tausend Arbeiterinnen. Mögen die Damen der Bourgeoisie ihre Wahllokalen frühzeitig bestellen, damit nicht den armen abgerackerten Arbeiterinnen bei ihren niederen Entlohnungen auch noch das bisschen freie Zeit geraubt wird, das sie so nötig bedürfen. Manche Gewohnheit, die alt hergebracht ist eine Anhänglichkeit erworben hat, ist mit der Zeit eine Unsitte geworden, gegen die scharf zu Felde gezogen werden muß. Steht aber hinter der schweren Schädigung des Betriebes — wie in der Eingabe behauptet wird — eine Schädigung des Profits, so ist dieser Klageruf nicht sehr ernst zu nehmen, die Herren Konfektionsäre werden hier nie zu kurz kommen.

**Ein Waldfest.** Am Montag, den 19. d. M. fand ein Ausflug der schulpflichtigen Kinder der freireligiösen Gemeinde zu Berlin nach Sadowa statt. Wer sich überzeuge wollte, daß sich obengenannte Gemeinde bei allem Gewissenzwingen und sonstigen Mahregeln nicht nur wohl befindet, sondern äppig gedeiht, der habe bei diesem Ausflug die beste Gelegenheit. Die Zahl der Teilnehmer war gegen das Vorjahr bedeutend gewachsen, die Zahl der Kinder betrug diesmal circa Tausend, welchen sich ebenso viel Erwachsene anschlossen. Durch eine sehr geschickte Organisation war jedem Kinde Gelegenheit gegeben, den seiner Wohnung zunächst gelegenen Stadt- oder Ringbahn-Wahnhof kurz nach zwölf Uhr mittags zur Abfahrt zu benutzen. Zudem auf jedem Wahnhof lag ein bis zwei Ordner befanden, welche die Kinder in Empfang nahmen, konnten auch die Eltern, welchen es nicht gegnend war, ihre Kinder zu begleiten, diese unbesorgt der Gemeinde anvertrauen. Die Eisenbahn-Direktion hatte auf Wunsch zu 12 Uhr 30 Minuten auf dem Schleifischen Bahnhof einen Sonderzug bereitgestellt, welcher die frohe Schaar aufnahm und ihrem Ziele Karlsruh zuführte. Von hier ging es einen 1 1/2-stündigen (von der Postverwaltung vorgeschriebenen) Weg unter den Klängen einer Musikkapelle nach Sadowa, wo dem von den Damen der Gemeinde servierten Kaffee und Kuchen kräftig angesprochen wurde. Es würde zu weit führen, die Mannigfaltigkeit der Waldspiele u. s. w. mit Preisvertheilung zu schildern, bemerkt sei nur, daß man überall nur lockende Gesichter sah; und die Kinder hatten Ursache dazu. Die Berliner freireligiöse Gemeinde, welche die gesammten bedeutenden Kosten des Ausfluges trägt, hatte in der vor-

trefflichsten Weise für die Kinder-schar gesorgt, und der heitere wolkenlose Horizont mit der nach so langen Regentagen alles belebenden Sonne trugen ihr reichliches Maß zu dem Gelingen des Festes bei. Ohne jeden störenden Zwischenfall, in wahrhaft musterhafter Weise verlief das herrliche Fest und als um 9 Uhr 34 Min. der von der Bahnverwaltung in kouranter Weise bereitgestellte Sonderzug in Sadowa zur Rückfahrt besetzt war, ging es unter Jubel und fröhlichem Gesang aus tausend kleinen Kehlen nach Hause.

**Die Pferdebahnen der Linie Savigny-Platz-Görlitzer Bahn** fahren seit Mittwoch wieder durch die Potsdamer- und Königgräberstraße, nachdem sie acht Tage lang wegen der Verbreiterarbeiten in der Potsdamerstraße den Weg durch die Bülow- und Schönebergerstraße genommen haben. Der Grund zur Wiederaufnahme der alten Fahrtrichtung liegt darin, daß bei der geringen Höhe der Eisenbahn-Überführungen am Schöneberger-Ufer die Passagiere der Wagen ernstlich gefährdet werden.

**Ein großes Häuserviertel** wird binnen kurzem am Schlesischen Thor aus dem Terrain des kassolischen, früher Hedemannschen Fabrikgrundstücks, entstehen, dessen Gebäude jetzt sämtlich abgerissen worden sind. Die größte Ausdehnung wird das Quaree nach dem Görlitzer Ufer zu erhalten, während die Schmalseite an der Schlesischenstraße liegt. Am Landwehrkanal, von der Görlitzerstraße bis zur Schlesischen Brücke, wird eine neue Uferstraße entstehen, zu welchem Zwecke die Uferböschung, die an dieser Stelle einen ziemlich verwahrlosten Eindruck macht, jetzt vollständig reguliert wird.

**Geradezu unheimlich** wird die Geschichte des Kaufmanns Karl Reichmann, der früher in Mohnungen und dann in Berlin lebte. Reichmann zog Ende Mai zu einer Frau Danculicum, Alt-Moabit 73, nachdem er bis dahin bei dem Hausverwalter Janke, Thurmstr. 52, gewohnt hatte. Die Frau ließ ihn aber nach drei Tagen, am 2. Juni, wieder ziehen, weil er nicht bezahlte. Nun zog er eine Treppe tiefer zu einer Frau Tabertow. Hier blieb er acht Tage, dann mietete er im selben Hause eine leere Kellerstube, in der er von nun an hauste. Die Polizei aber suchte ihn vergeblich, obwohl sie ihn gern gehabt hätte, weil er eine Haftstraße von sechs Tagen verbüßen sollte. Er galt als verschwunden. Da fand man am 1. Juli in der Spree an der Wohlwohlsbrücke eine männliche Leiche. Reichmanns Frau, Tochter und Sohn, die ihn schon längere Zeit verlassen hatten, behaupteten, daß diese Leiche die ihres Mannes und Vaters sei. Die Staatsanwaltschaft hatte die Leiche bereits freigegeben und der angebliche Reichmann sollte am Montag den 3. Juli beerdigt werden. Angehörige waren dazu aus Döpenheide bereits hierher gekommen. Nun war freitags in den hiesigen Zeitungen über den Selbstmord des vermeintlichen Reichmann berichtet worden. Dabei hatte man auch mitgeteilt, daß Reichmann seinem Wirthe, dem Hausverwalter Janke, 36 Mark schuldig geblieben sei. Während nun alle Vorbereitungen für seine Beerdigung zum Montag getroffen wurden, erschien Reichmann plötzlich am Sonntag Morgen um 7 Uhr bei Janke, beschimpfte ihn, weil er ihn mit den Schulden „in die Zeitung gebracht“ habe und machte einen solchen Särm, daß man ihn aus dem Hause weisen mußte. Janke ging nun zur Polizei, die den richtigen Reichmann nun hatte und einsperrte. Ob man die Persönlichkeit des vermeintlichen Reichmann noch festgestellt hat, ist nicht bekannt geworden. Jetzt kommt nun von Mohnungen die Nachricht von einer abermaligen Verwechslung Reichmann's. Dieser hatte, so wird berichtet, seit längerer Zeit kein Lebenszeichen mehr nach seiner Heimat gelassen, so daß man dort nicht wußte, wo er sich aufhielt. Da fand man kürzlich in Mohnungen die Leiche eines Mannes, die von Bekannten und Angehörigen übereinstimmend als die des Karl Reichmann rekonozirt wurde. Wiederrum am Tage vor der Beerdigung aber erschien plötzlich der wirkliche Reichmann nun in seiner Heimat frisch und munter bei seiner Familie, nachdem er wieder aus den Zeitungen sein angebliches Ableben erfahren hatte.

**Ein böser Streich** ist dem Tapezier Albert St. gespielt worden. Ein mit ihm befreundeter Fabrikant hatte eine Sendung Wein erhalten und eine Anzahl Freunde, zu denen auch St. gehörte, zu einer Weinprobe eingeladen. Der Tapezier, kein Kostverächter edlen Lebens, wollte sich die gebotene Gelegenheit, einmal tüchtig zu zechen, nicht entgehen lassen. Auf eine Aufforderung des Gastgeber hin ergriff St. die ihm zunächst stehende Flasche, führte sie an den Mund und trank sie mit einem Zuge fast halb leer. Sofort machten sich jedoch bei dem eifrigen Trinken unangenehme Folgen bemerkbar. Die Flasche enthielt keinen Wein, sondern aufgelöste, rothe Farbe, zu deren Aufnahme sich der Magen nicht bequemen wollte. Ein bei der Gesellschaft weilender Arzt veranlaßte die sofortige Herbeischaffung geeigneter Gegenmittel. St. befindet sich zur Zeit außer Gefahr.

**Von einer Frau schwer verlehrt** wurde am Dienstag Abend die 32-jährige Frau des Malermeisters M., welche mit ihrem Gatten und mehreren bekannten Familien einen Ausflug nach Reinickendorf unternommen hat. Zwischen Frau M. und einer zu der Gesellschaft gehörigen Frau B. kam es infolge Eifersucht der Letzteren zu Streitigkeiten, die jedoch zunächst durch die übrigen Bekannten beigelegt wurden. Als die Malerfrau am Abend das Lokal, in welchem die Gesellschaft verweilte, für kurze Zeit verließ, folgte ihr die eifersüchtige B. auf die Straße, wo der Streit zwischen Beiden auf's Neue begann und in Thätigkeiten ausartete. Hierbei versetzte die B. ihrer Gegnerin mit einem stumpfen Instrument einen derartigen Schlag auf den Kopf, daß die Betroffene beschleunigt zusammenbrach. Der Schlag war mit solcher Gewalt geführt, daß der Schädeltzahn freigelegt wurde. Hingukommende Gendarmen veranlaßten die Ueberführung der schwer Verletzten nach einem Krankenhaus, woselbst sie einen Nothverband erhielt, während die B. nach dem Amts-bureau sistirt wurde.

**Gefahr für seine Nothheit** wurde am Mittwoch Vormittag um 9 1/2 Uhr der 35-Jahre alte Steintträger Wilhelm Thien aus der Webersstraße 62. Thien arbeitete auf dem Grundstück Elisabethstr. 50/51 am Neubau für die höhere Knabenschule von Dr. Bernani. Am Dienstag verlangte er in schroffem Tone von dem Volir Bräuer eine Zinlage. Wegen der Forderung sowie auch wegen der Form, in der er sie geltend machte, wurde Thien sofort entlassen. Am Mittwoch Morgen von 7 Uhr an hielt er sich fortwährend in der Nähe des Baues auf und ließ fortwährend Drohungen gegen den Polir aus. Gegen 9 1/2 Uhr hatte man ihn eine Weile nicht mehr gesehen. Nun wollte der 32-Jahre alte Bauarbeiter Karl Schleisner aus der Posswalkerstraße Nr. 9 von der Straße aus eine Leiter hinaufgeben. Er hatte eben die erste Sprosse bestiegen, als Thien von hinten an ihn herankam und ihm mit den Worten: „Du bist auch so eine Kanaille!“ ein Messer zweimal in den Rücken steck. Schleisner wandte sich um, schlug mit einem Spaten auf seinen Angreifer ein und rief um Hilfe. Die anderen Arbeiter des Baues kamen herbeigelaufen und während ein Theil von ihnen den Gestochenen auf die Unfallstation in der Alten Schützenstraße und von da nach seiner Wohnung brachte, wurde der Thäter, der in das danebenliegende Haus floh, von dem Steintträger Albert Rabuz verfolgt und auf dem Boden eingeholt. Dort griff Thien seinen Verfolger ebenfalls mit dem Messer an, so daß dieser angeblich in der Nothwehr ihn mit einer Flasche und darauf mit einem Stück Dachlatte auf den Kopf schlug. Thien erlitt schwere Verletzungen und mußte in einem Krankenwagen nach der Charitee gebracht werden.

**Weil er keine Unfallrente bekam**, hat sich der 37-Jahre alte Arbeiter Julius Koppelt aus der Rignestr. 128 aus Verweifung das Leben zu nehmen versucht. Im September v. J. war der alte Mann als Hofarbeiter auf dem städtischen Vieh- und Schlachthofe beschäftigt. Eines Nachmittags ging hier ein Bulle des Groß-

schlachtermeyers Straburg aus der Frankfurter Allee durch, stieß Koppelt um und verletzte ihn äußerlich schwer an der rechten Hüfte, seiner Behauptung nach auch innerlich. Der Verunglückte lag 8 Wochen im städtischen Krankenhaus am Friedrichshain. Dann war er zu Hause, konnte aber nicht arbeiten und erhielt seinen Lebensunterhalt von zwei erwachsenen Töchtern, die bei ihm wohnen und in Geschäften thätig sind. Der einzige Sohn ist gegenwärtig Soldat, seine Frau schon seit 10 Jahren nervenleidend. Am 25. Mai kam Koppelt auf Veranlassung seiner Berufsgenossenschaft zu einer erneuten Untersuchung nochmals ins Krankenhaus, aus dem er am 4. Juni als geheilt wieder entlassen wurde. Nach wie vor behauptete er demgegenüber, innerlich krank zu sein und nicht mehr arbeiten zu können. Die Berufsgenossenschaft aber lehnte alle seine Ansprüche auf eine Rente ab. Vor einigen Tagen erhielt er den ablehnenden Bescheid. Am Mittwoch Morgen ging Koppelt von Hause weg. Was er den Tag über gemacht hat, weiß man nicht. Abends in der zehnten Stunde stürzte er sich von der Lichtensteins-Bänke in der Nähe des Zoologischen Gartens in den Landwehrkanal. Schiffer und andere Leute zogen den Lebensmüden, als er wieder auftauchte, aus dem Wasser heraus; er war bereits bewußtlos geworden. Schuttmänner des 32. Reviers brachten ihn in ein Krankenhaus, in dem er, zwar etwas gebessert, aber immer noch schwer krank darniederliegt.

**Bewußtlos aufgefunden** wurde am Mittwoch Abend gegen 11 Uhr eine unbekannte Frau vor dem Hause Invalidenstraße 63. Die Polizei des 8. Reviers brachte sie in ein Krankenhaus. Hier stellte sie heraus, daß sie Keiser getrunken hatte. Die Unbekannte hat sich schwer verbrannt und liegt noch immer bewußtlos. Wer sie sein kann, dafür hat man nicht den geringsten Anhalt.

**Auf eine eigene Art** hat sich der Langlehrer Gustav Stumpf aus der Friedrichstr. 232 vergiftet. Stumpf hatte ein Geschwürchen an der Nase und öffnete es mit der Spitze seiner Kravattennadel. Infolge dieser Operation stellte sich eine Blutvergiftung ein, die so bedenklich wurde, daß die beiden behandelnden Aerzte den Geheimrath v. Bergmann zuzogen. Schon dreimal hat ein chirurgischer Eingriff statifunden müssen; zuerst wurde die linke, dann die rechte Wade und gestern das Kinn geschnitten.

**Durch einen nichtwärtigen Udenstreich** wurde gestern Abend das Leben und Eigenthum der Bewohner des Hauses Liegnitzstr. 14 aufs Ärgste gefährdet. Bisher unermittelt gebliebene Personen haben von den zur Beleuchtung des Treppenhauses auf den Fluren angebrachten Gasarmen die sämtlichen Brenner abgedreht, ferner das Treppengeländer mit einem scharfen Gegenstand durch Einschnitte beschädigt. Als gestern Abend gegen 9 Uhr die Tochter des Hausverwalters M. das Gas anzünden wollte und zu diesem Zwecke den Hauptkahn öffnete, strömte der Leuchtstoff in kassolischen Mengen aus den großen Oeffnungen der Gasarme heraus. Das Mädchen hatte hieron natürlich nichts bemerken können und nahm auch den Gasgeruch nicht früher wahr, bis sie mit dem brennenden Bündel die erste Etage erstiegen hatte. In diesem Moment erfolgte auch schon die Explosion, und eine gewaltige Feuerfontäne loderte in dem Treppenhause empor. Ein in diesem Augenblick die Liegnitzstraße passirender Feuerwehmann hatte glücklicherweise den Vorgang wahrgenommen. Schleunigst drehte er den Hauptkahn zu und leitete die Ablöschungsarbeiten des zum Theil von den Flammen ergriffenen Einzelkandels der Treppen so erfolgreich, daß beim Eintreffen der alarmirten Feuerweh der Brand bereits gelöscht war. Personen sind glücklicherweise bei dem Vorfall nicht zu Schaden gekommen.

**Gekohlene Sachen.** Das Polizeipräsidium theilt mit: Bei einem Uhrmacher wurden am 2. d. M. durch ein junges, circa 18 Jahre altes Mädchen ein Paar in Gold gefaßte große Korallen-Ohringe zum Kauf angeboten und dort zurückgelassen, nachdem dieselbe sich, um die verlangte Legitimation zu holen, entfernt hatte. Vermuthlich sind diese Ohringe gestohlen und können sich Refognoszenten bei der Kriminal-Abtheilung des Polizeipräsidiums, Zimmer 36, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr einfinden.

**Verfammlungen.**

**Der Sozialdemokratische Agitationsverein** für den Wahlkreis Straßund-Franzburg-Magen hielt am 18. Juli seine Generalversammlung ab. Der Kassenericht vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 60,11 M., eine Ausgabe von 2,01 M., mithin ist ein Bestand von 58,10 M. vorhanden. Gelesene Zeitungen und Broschüren wurden 56 Kilogramm gefammelt. Als Ergänzung zum Vorstand wurden gewählt: Schaum als Kassirer; Werner als Beisitzer und Braun als Revisor. Die Vereinsstunden werden jeden Sonntag nach dem 15. im Monat, vormittags 10 Uhr, bei Mörsehel, Lindenstraße 39, abgehalten.

**Arbeiterbildungsschule.** Die Bibliothek in der Nordstraße, Brunnenstr. 25, vom 1. Juli ab bis auf weiteres geschlossen; dieselbe nebst den Büchern sind umgehend Donnerstag abends von 12 bis 10 Uhr zurückzuführen. Mitgliedsbeiträge werden an diesem Tage in der Nordstraße entgegengenommen, ebenso in folgenden Zahlstellen: Weitz, Schulstr. 40a; West, Rignistr. 43; Sobel, Holstenstr. 27; Steinert, Wäckerstr. 71; Gant Wäde, Wollweberstr. 128; G. Köpcke, Tiefenbühlstr. 20. Als Zuschriften sind an den Vorsteher Paul Wäde jr., 30. Wollweberstr. 128, Gesandtenbogen an den Kassirer G. Köpcke, Wollweberstr. 20, zu senden.

**Vand der gefelligen Arbeitervereine** Berlin und Umgebung, Vorsitzender Ab. Reinmann, Brunnstr. 100. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Wollweberstr. 49, v. 2 Tr.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Die juristische Zurechnung** findet während der Gerichtsferien am Dienstag und Freitag Abend von 6-7 1/2 Uhr statt **Seidenreich.** Die Wählerlisten für die Kinneuwahlen werden nach persönlicher Anmeldung aufgestellt. **Fruch.** Da müssen Sie einen Techniker fragen. **G. J. 51.** John Karl. **Die** — Burg. 1. Berlin 1 677 304, 2. Hamburg 625 552, 3. München 407 307, 4. Leipzig 399 983, 5. Dresden 373 169 Einwohnere.

**Witterungsübersicht vom 22. Juli 1897.**

Stationen.	Barometer, hand in mm, rebaruit auf 0. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.)
Ewinmöhnde . . .	755	SW	3	wollig	18
Hamburg . . .	758	WSW	3	bedeckt	17
Berlin . . .	756	WSW	3	bedeckt	18
Biesbaden . . .	760	WSW	3	wollig	18
München . . .	763	SW	5	bedeckt	16
Wien . . .	760	SW	5	heiter	19
Paracanda . . .	762	S	2	heiter	17
Petersburg . . .	761	W	1	bedeckt	17
Wetzl . . .	761	W	2	bedeckt	17
Aberdeen . . .	760	WSW	3	bedeckt	14
Paris . . .	762	SW	2	bedeckt	16

**Wetter-Prognose für Freitag, den 23. Juli 1897.** Zeitweise heiter, vielfach wollig, mit geringeren Regenschauern und schwachen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, den 23. Juli.  
Neues Igl. Operntheater (Kroll).  
Rignon. 7 1/2 Uhr.  
Besingen. Die Götter.  
Wespen. A. Basso Porto. (Am unteren Boden. 7 1/2 Uhr.)  
Neues. Der Sichelreiter. 7 1/2 Uhr.  
Friedrich-Wilhelm-Adolfisches.  
Schumann's Kriegs-Kontenue im Orient. 8 Uhr.  
Velle-Alliance. Spezialitäten. 8 1/2 Uhr.  
Tend. Unsere Reichspost. 8 Uhr.  
Wolke. Wund auf Erden. 8 Uhr.

**Ostend-Theater.**  
Dr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weis.  
Täglich:  
**Unsere Reichspost.**  
Anfang 8 Uhr.  
Im Garten: Anfang 5 1/2 Uhr:  
Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Hugo Schulz.  
The Sremlov. Miral Waldburg. - Paula Grigatti. - Lebende Photographien. - Ringkampf. - In der Wüste. - Einbliss allein etc.  
Sonntags: Gr. Sommerachtsfest. Im Theater: 60 Aufführung: Unsere Reichspost. Kleine Preise.

**Apollo-Theater und Konzert-Garten.**  
Dir. J. Glück.  
Um 9 Uhr:  
**Venus auf Erden.**  
Bühnenphantastische Operette mit Tanz in 1 Akt.  
Otto Reutter. Kinetograph.

**10 hervorragende Spezialitäten.**  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr. - Vorstellung 8 Uhr.  
**W. Noack's Theater.**  
Brunnen-Strasse 16.  
Täglich: Konzert.  
Theater - Vorstellung.  
**Die Zerstreuten.**  
Vollspiel in einem Aufzuge.  
Neu!!! Neu!!!  
**Flotte Bursche.**  
Komische Operette von R. v. Suppé.  
Max Frank. Opernfänger.  
Anita Vernon. Excentr. - Soubr.  
Schork's Rudolf. Orig. - Humor.  
Geschw. Lehmann. Duettisten.  
Scheffler-Truppe.  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale:  
**Grosser Ball.**  
Die anerkannt besten Vorträge  
**Der Lumpenball.**  
Die Ballhaus-Anna  
Madame Sans Gêne und andere  
Novitäten werden allabendlich mit dem allergrößten Erfolg im  
Konzerthaus Sanssouci,  
Kottbuserstr. 1 a, Jub. P. Pierry,  
aufgeführt.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Passapartouts gelten.

**Viktoria-Brauerei**  
(Garten resp. Saal)  
Lützow-Strasse 111/112  
nahe Potsdamer Platz.  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehfel, Pietro, Britton, Steidl, Kronc, Köstl, Schneider und Schrader.)  
**Goldene Hochzeit.**  
Ensemble von Meusel.  
**Ein verquügter Wahltag.**  
Ensemble von Meusel.  
Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 Mk. (für 3 Personen) nur in den Vorverkaufsstellen.  
(Siehe Plakate.)  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Grüntraminchen, Vorkost, Stolle und Kollendahlung mit Portierstelle billig veräußert, Wollmerstr. 35.

**Ostbahn-Park**  
Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz  
Täglich:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Neu! Der Stumme und sein Affe.**  
Kudstättungs-Ensemble.  
Neue Attraktions-Nummern.  
Entree Sonntags 20 Pf., Kinder 10 Pf., Wochenends 10 Pf., Kinder 10 Pf.  
Kasselerische Volksbelustigungen.  
Wittwoch: **Kinder-Fest.**  
**Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau**  
Oeconomie: Birkholz & Mittag.  
Jeden Sonntag und Donnerstag:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.  
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.  
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.  
**Kaffeeküche v. 2-7 Uhr.** Volksbelustigungen jeder Art.  
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
Birkholz & Mittag.

**Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau**  
Oeconomie: Birkholz & Mittag.  
Jeden Sonntag und Donnerstag:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.  
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.  
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.  
**Kaffeeküche v. 2-7 Uhr.** Volksbelustigungen jeder Art.  
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
Birkholz & Mittag.

**Castan's Panopticum.**  
Neu! Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden Menschen.  
Neu! und hochkomisch!

**Passage-Panopticum.**  
30 Kinder der Wüste.  
Beduinen, Derwische, Schlangenbeschwörer, Bauchtänzerinnen etc.  
Vorstellung 12, 5, 7, 9 Uhr.

**Puhlmann's Vaudeville-Theater**  
Schönhaufer Allee 148.  
Kassanien Allee 97-99.  
Täglich:  
**Im Reiche der Sirenen.**  
Große Ausstattungsstücke mit Gesang und Tanz.  
Miss Clara, Trapezkünstlerin. Little Trudy Brygordy, das Wunderkind.  
Wally Smolin, excentr. Chansonette.  
Barbarina's Ballet.  
Clown Zarafant, in 1. dreh. Theater.  
Garry u. William Vatore, Vicedolo-Theater. William. Gondantipode.  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

**Actien-Brauerei Friedrichshain.**  
Hente Freitag:  
**Gr. Militär-Frei-Konzert.**  
Programm unentgeltlich.

**Rixdorf. Ed. Wiersing's**  
Kasselerstr. 77. Hermannstr. 87.  
Jeden Sonntag im Garten:  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung**  
bei freiem Entree. 1912/13  
Im Saale **Gr. Ball.** 2 Regalbahnen.  
u. 4 Uhr ab: 2 Regalbahnen.  
Meine Spezialitäten haben zu Veranlassung langem, das zeitlich zu verzeichnen zur Verfügung. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.  
o. täglich gemüht d. Darlehen **Sparasse d. Salei.**  
Kredit u. Hyp. Bankgeschäft. **Korrells, Breelan.** Stahlg. 40 Pf.  
Reiseoffizier, Betteln, spottbillig, Pfandleihe Reanderstr. 6.

**Niemand sollte verjähnen**  
bei Bedarf **Brunnenstr. 110**  
(neben dem Pferdebahn-Depot) von **Jenatz Sello** zu beziehen:  
Pilsch. Maltrank, 1/2 Liter 50 Pf.;  
alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., hochfeines Stonsdorfer inf. Orig. (1/2 Liter) à 80 Pf.,  
Halb und Halb, feinste Wör-  
ausführung, per 1/2 Champagner-Gläse  
inf. 90 Pf., Ingwer-, Pfeffer-  
münz- u. f. Liköre 1/2 Liter  
inf. 1.10 Mk., 1/2 Liter inf. 55 Pf.,  
Himbeer- und Kirschsaff,  
rein und bis eingeleicht, per Liter  
1.10 Mk., süßes Ungarwein,  
Orig. (1/2 Liter) von 90 Pf. an,  
sowie sammt. Weine, Cognac,  
Rum etc. Spirituosen im Einzel-  
verkauf, auch eingeweiht nur zu  
Engrospreisen. Billigste Be-  
zugsquelle. Bitte genau auf  
No. 110, Brunnenstr. No. 110  
zu achten. [17159]

**Ostbahn-Park**  
Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz  
Täglich:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Neu! Der Stumme und sein Affe.**  
Kudstättungs-Ensemble.  
Neue Attraktions-Nummern.  
Entree Sonntags 20 Pf., Kinder 10 Pf., Wochenends 10 Pf., Kinder 10 Pf.  
Kasselerische Volksbelustigungen.  
Wittwoch: **Kinder-Fest.**  
**Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau**  
Oeconomie: Birkholz & Mittag.  
Jeden Sonntag und Donnerstag:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.  
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.  
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.  
**Kaffeeküche v. 2-7 Uhr.** Volksbelustigungen jeder Art.  
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
Birkholz & Mittag.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
(Zahlstelle Berlin). 109/6  
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Dentschstr. Nr. 20:  
**Sigung der Ortsverwaltung.**  
Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köpenickerstr. 29:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: Kasienbericht vom II. Quartal. Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter, der Werkstätten-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. Antrag auf Anstellung eines Kassiers. Erfragungen für Ortsverwaltung. Verhandlungsangelegenheiten.  
Jedes Mitglied wird ersucht, pünktlich zu erscheinen.  
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.  
Sonntag, den 25. Juli, vormittags 11 Uhr, Alte Jakobstr. 83 (Mischant Ring & Co.):  
**Versammlung der Einsetzer.**  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

**Tischler-Verein.**  
Sonntags, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Abrechnung von der diesjährigen Dampferpartie und Vereinsangelegenheiten.  
Der Vorstand.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
Sonntag, den 25. Juli 1897, vormittags 10 1/2 Uhr  
**Brauchen-Versammlung**  
der Bauklempner, Rohrleger und Gehilfen  
in Feuerstein's Festsaal, Alte Jakobstr. No. 75.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Manssach** über: Die Religion und ihre Entstehungsurache. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Branchenvertreters in die Ortsverwaltung für die obigen Gruppen. 4. Vereinsangelegenheiten und Berichtendes.  
Zur Beachtung! Diejenigen Kollegen, welche länger als 13 Wochen mit ihren Beiträgen zurückbleiben, müssen ihre Angelegenheit bis spätestens zum 1. August regeln, andernfalls treten alle Rechte erst nach 13 Wochen, vom Tage der Zahlung an gerechnet, wieder in kraft. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen, auch werden Umschreibungen vollzogen.  
122/19  
**Die Ortsverwaltung.**

**Lederarbeiter!**  
Sonntag, den 25. Juli, vorm. 12 Uhr, bei Ulitz, Bodstr. 19:  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter (Weißgerber, Lohgerber, Lederzurichter, Färber und Bernfärgen.).  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes, der Revisoren und Reuwahl derselben. 3. Bericht der Delegierten zur Gewerkschaftskommission und Reuwahl derselben. 4. Das internationale Sekretariat und die Lederarbeiter-Zeitung. 5. Gewerkschaftliches.  
107/4  
**Der Vertrauensmann.**

**Achtung, Puker!**  
Infolge des am Sonntag, den 24. d. M., im Puhlmann'schen Saale, Schönhaufer Allee 148, stattfindenden Stützungsfestes der Puker Berlin und Umgebung ist das Bureau, Grenadierstr. 33, von 5 Uhr nachmittags geschlossen. Die Beiträge werden Sonntag in Caspung genommen.  
281/14  
**Die Lohnkommission der Puker Berlin u. Umgegend.**

**Charlottenburg!**  
Sonntag, den 25. Juli 1897  
**Grosses Sommer-Fest**  
des Sozialdemokratischen Wahlvereins  
für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg  
in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39.  
**Grosses Garten-Konzert, Theater,**  
Humoristische und Gesangsvorträge, Kinder-Fackelpoisonaise.  
In beiden Sälen: **Tanz-Kränzchen.**  
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. Zwei neue Kegelbahnen. Kaffeeküche von 3 Uhr ab geöffnet.  
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Entree 25 Pf.  
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

**Schweizer Garten.**  
Am Königsthor, Halteplatz, Pferdebahn. Am Friedrichshain.  
Täglich: Theater und Spezialitäten.  
Little Parkins u. Miss Lizzi, Transformationskünstler. Theod. Lippardt, Tanzmusik. Geschw. Tilly, Gesangs- und Tanz-duettisten. Emmy Dahl, Viedersängerin. The two Buffalos, Radfahrer - Humoristen. John & Paolo, Excentric - Pantomimisten. Carla Walton, Kostümbühnerin etc.  
**Volksbelustigungen** | **Im Saale:**  
aller Art. | **Ball.**  
Entree 30 Pfg.  
Jeden Mittwoch: **Kinder-Freudenfest.**  
Es ist nur noch ein Sonntagabend im August für Vereine frei.  
R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

**R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter** ist aus passender Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.  
In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.  
Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

**Danksagung.**  
Für die zahlreiche Beweigung beim Begräbnis meines lieben Vaters, des Schönwirts Hermann Thiele, sage ich allen Verwandten u. Freunden meinen herzlichsten Dank.  
Wwe. E. Thiele nebst Kindern.  
**Arbeiter-Konjungenoffenschaft „Beizeitung“.**  
Aussord. Generalversammlung  
Wittwoch, den 23. Juli, abends 8 Uhr, bei Widring, Admiralsstr. 18c.  
Tagesord.: 1. Statutenänderung. 2. Event. Vorstandswohl.  
Der Vorstand d. Arbeiter-Konjungenoffenschaft „Beizeitung“  
(E. G. M. S. P.) 3214b  
A. K.: Oskar Wihle. B. Stief.

**Dr. Simmel** | Moritzplatz,  
1. Haus, K. Köpfer  
(früher Bringenstr. 91)  
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.  
10-3, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Bahn-Atelier.**  
Künstl. Bahnen in tollerster Ausführung u. 3 W., Plomben u. 2 W. an. Schmerzlos. Zahnziehen mit Sodalit, Chloroform, Chloroform und Cacao unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Bahnen Zahnziehen, Zahnreihen unlos; Kanten-zahlung gekettet, Woche 1 Mk.  
**Guckel,** Panfyer Platz 2,  
Ellaferstr. 12, Steglitzerstr. 71.

**Aluminium-Gebisse,**  
Preis per Zahn inf. Platte 4 Mark.  
**Kautschuk-Gebisse**  
Preis per Zahn inf. Platte 3 Mark.  
Plomben 1,50 Mk., Zahnziehen 1 Mk. Schmerzlos. Gießen eines od. mehrerer Bahnen (Vachgas od. Chloroformnarkose) im Verein eines Arztes 6 Mark.  
**Waldemar und Reinhold Haupt,**  
Brunnenstr. 18 II,  
Frankfurterstr. 113 II.

**Deutsh. Porter**  
Deffert u. Malzkrafbier 1. Rang.  
Brauerei Burghalter, Potsdam,  
gegr. 1735, def. f. Dinstarme, Brustkrankh.  
Bleich, Wöden,  
Kellner, etc. d. leicht  
bekömmlich, nahrh.  
kräftigste Bier. -  
38 Liter, best  
best. Geschm. u.  
Gewichtsmassnahme  
aberr. 14 Flasch  
drei, 50 jein W.  
erll. In Geb. 1/2,  
1/2, 1/2 d. Selbst-  
ada, weifent, bill.  
Wlein, Verstandig  
f. Berlin u. Prov.  
Porterfabrik  
**Ringler,**  
Berlin, Brun-  
nenstr. 152.  
Richtzählchenzahl  
-Qual. entfchied.

**Arbeitsmarkt.**  
Achtung! Achtung!  
**Holzarbeiter.**  
Zugung ist fernzubalten von den  
Rüchensdel/Tischlerien von  
**Netzband & Henkel**  
Aufklärerstr. 33.  
Ferner von Stettin, Rostock,  
Lübeck und Hürtenwalde. 100/5  
**Zentral-Arbeitsnachweis der**  
**Töpfer Deutschlands**  
Berlin, Rosenhauerstr. 57, 2. Eingang  
Gormannstr. 106/1  
Arbeit erhält ein Kollege, der  
Eisenlegen und Werkstückenarbeit  
versteht, in Bergen bei Gelle, ein Kachel-  
macher und ein Gedenmacher in  
Brandenburg a. S. und ein Werk-  
stückenarbeiter, der zugleich Oemeyer  
ist, in Lippehne, Kreis Solbin.

**6 tüchtige**  
**Gießereier**  
(Geschichte Former), deutscher Nationalität, finden dauernde Arbeit bei bestem Lohn und erhalten nach Einweisung des Arbeitsbuches das Reisegeld zugesandt, welches ihnen vorläufig successive abgezogen, nach monatlichem Dieflein in meiner Fabrik aber wieder vergütet wird.  
Anmeldungen an Carl Gafch, Maschinenfabrik in Eobau bei Karlsruhe, Baden. 148/17  
Arbeiterinnen, grübe, ver-  
langt 32005  
M. Wolff, Reize Friedrichstr. 68.

**Tüchtiger**  
**Ledersessel-Spanner**  
wird aufgenommen; der auch das  
Färben versteht, bevorzugt. Offerten  
an **B. Gussmann, Wien VII.**  
Kaiserstr. 101. [3212b]

**Geübte Blechpanner**  
finden dauernde Beschäftigung.  
**M. Fabian, Baber. 59.**  
Tüchtige Einoleumleger werden  
verlangt. Zu erfragen Kronenstr. 17,  
nachmittags 6-7. [3215b]

**Zwirnbetterin**  
für Buchbinderei verlangen  
Biesenthal, Junpe & Co.,  
Dolmarstr. 67. [3216b]

**Maschin.-Kleidung**



**Maschin.-Jackets**  
Guter blauer Baumwollstoff mit Steh- od. Umlegekragen, auch schräg an der Seite zum Knöpfen. Als Maass genügt Brustweite.  
Qual. II I Blau Leder  
1,90 2,10 2,80 u. 3,50

**Maschin.-Hosen**  
Aus demselben Stoff wie obige Jackets. Als Maass genügen Leibweite und Schrittlänge.  
Qual. II I Blau Leder  
1,50 1,75 2,20 u. 2,80

**Baer Sohn**  
Chausseestr. 24a Brückenstr. II  
Gr. Frankfurterstr. 15.  
Aufträge von M. 20,- an franco. - Preisliste gratis.  
Obige Preise gelten für normale Figuren.

**Sophastoffe**  
auch **Reffe**  
in Hipp, Damast, Crèpe, Phantasie, Gobelin und Blauspottbillig! 16352  
Proben franko!  
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
Berlin S.,  
Oranienstr.,  
Nr. 158.

**Kleidung für Maler, Bildhauer, Mechaniker, Stuckateure u. s. w.**



**Kittel mit Steh- und Umlegekragen, vorn und auf der Schulter zum Knöpfen!**  
Aus braun Nova  
Qual. II I Qual. II I  
2,25 2,50 2,40 2,75

**Drell-Jackets (Naturfarbe)**  
Qual. II 2,25 Qual. I 2,75  
**Drell-Hosen (Naturfarbe)**  
Qual. II 1,35 Qual. I 1,90

Als Maass genügt Angabe der Brustweite, Leibweite und Schrittlänge.  
**Baer Sohn**  
Chausseestr. 24a Brückenstr. II  
Gr. Frankfurterstr. 15.  
Aufträge von M. 20,- an franco. - Preisliste gratis.  
Obige Preise gelten für normale Figuren.